

DER ROTE HELFER

Am

nestie!



**Opfer der Wiener Julikämpfe in Berlin, auf der
Durchreise nach Sowjet-Rußland**

Wiener Arbeiter, die bei den Juli-Kämpfen Verwundungen erlitten, werden zur Erholung von der Roten Hilfe nach der Krim verschickt.

Liste der Verwundeten des ersten Transportes:

Hoffmann, Franz; Metallarbeiter, geb. 5. Mai 1907, Wien, ledig, K.P.Oe., Vater im Kriege gefallen, Mutter arbeitslos. Verwundung: Leberschuß.

Walda, Leopold; Kutscher, geb. 18. Juli 1900, Wien, ledig, S.P. Verwundung: Durchschuß des rechten Oberarmes, wegen Blutvergiftung ein zweitesmal operiert.

Prucha, Franz; Tischler, geb. 7. April 1909, Wien, ledig, 4 Geschwister, 4, 9, 11, 16 Jahre, S.P., arbeitslos, Vater Kriegsinvalide. Verwundung: Durchtrennung der Knochen von 4 Zehen.

Dewertoll, Karl; Schriftgießer, geb. 26. Juni 1888 in Wien, verheiratet, 2 Kinder, Mitglied der S.P. Arbeitslosenunterstützung (17 M.). Verwundung: Durchschuß des linken Armes.

Hrbacek, Rudolf; Tischler, geb. 6. Juli 1902 in Szo-bonist, ledig, Mitglied der K.P., 3 Geschwister, alle arbeitslos. Verwundung: Steckschuß im Becken.

Kopal, Otto; Lehrling (Glaser), geb. 18. Juli 1910 in Wien, S.P., 2 Geschwister, Vater Kurzarbeiter. Verwundung: Durchschuß des Halses, Schlagader gesprengt, großer Blutverlust.

Rath, Anna; Hilfsarbeiterin, geb. 15. Februar 1894, Wien, verheiratet, S.P.Oe., arbeitslos. Verwundung: Lungenschuß und Oberarmschuß, nicht arbeitsfähig.

Röder, Aloisia; Hilfsarbeiterin, geb. 1. Oktober 1893, Wien, 1 Kind, S.P., Mann verschollen, keine Unterstützung, seit 3 J. arbeitslos. Verwundung: Steckschuß im rechten Oberschenkel.

Blahofsky, Josef; Schlosser, geb. 4. März 1858, Kr. Neustadt, S.P. seit 1890. Verwundung: Steckschuß, Zersplitterung des Schienbeines.

Jagersberger, Fritz; Chauffeur, geb. 4. Februar 1908, ledig, 1 Schwester, Vater gefallen, S.P., Verwundung: Linker Oberschenkel durchschuß, Sehnen-zerrung.

Grünberger, Josef; Tischler, geb. 8. November 1905, Wien, ledig, S.P. Verwundung: Bauchschuß.

Landl-Kreutzer, Helene; Kontoristin, geb. 3. Mai 1891, Wien, S.P., ledig, Adoptivkind, Vater gelähmt, Mutter tot. Verwundung: Durchschuß beider Füße.

Klein, Robert; Kutscher, geb. 20. April 1905, Wien, ledig, 11 Geschwister, S.P. Verwundung: Bruch und Durchschuß des rechten Oberarmes.

Pospischil, Alois; Hilfsarbeiter, geb. 9. Dez. 1905, Wien, ledig, 8 Geschwister, S.P. Verwundung: Bauchschuß.

Pangratz, Gustav; Techn. Beamter, geb. 4. Mai 1887, Wien, verheiratet, 1 Kind, S.P. Verwundung: Brustdurchschuß, Lunge gestreift, 1 Rippe verletzt, Hand gebrochen.

Rohner, Anton; Hilfsarbeiter, geb. 19. Oktober 1907, Wien, ledig, Vater tot, 2 Geschwister, arbeitslos, S.P. Verwundung: Steckschuß in der rechten Hüfte.

Nowack, Alois; Etuittschler, geb. 3. März 1874, Wien, verheiratet, S.P. Verwundung: Lungensteckschuß.

Wagner, Friedrich; Schriftsetzer, geb. 4. Dezember 1908, Wien, ledig, Vater arbeitslos, S.P. Verwundung: 2 Lungenschüsse, 1 Armstreifschuß (links), 1 Oberschenkelschuß (rechts).

Gespräche mit Wiener Arbeitern

bei der Abfahrt von Berlin am 8. September 1927.

„Meinen Bub wollte ich suchen gehen,“ erzählte eine Wiener Arbeiterin. „Bis mittag demonstrierte ich mit, da es sehr heiß war, ging ich nach Hause, wollte mir leichtere Kleidung anziehen. Man sagte mir, mein Bub sei in der Gasse, in der geschossen wurde. Ich lief hin und erhielt bald einen Bauchschuß. Als ich zu mir kam, packte mich grad ein 15jähriger Junge bei der Schulter und weinte bitterlich. Der in den Zeitungen so verleumdete „Pöbel“ nahm sich also meiner an und schaffte mich nach dem Spital. Noch heute habe ich die blauen Flecken von den Fußritten der Wachleute, die über mich wgestürmten. Politisch und gewerkschaftlich bin ich nicht organisiert, war auch sehr lange arbeitslos und bin ausgesteuert. Mein Junge ist im Kinderheim im Elgersburg. Der Empfang in Berlin gestern abend war sehr überwältigend; es hat jeden ergriffen.“

In Bayern haben sie uns böß mitgespielt. Als wir in Hof ankamen, wurde unser Wagen abgekuppelt und auf ein anderes Geleis geschoben. So hat man uns gefangen gehalten, daß wir nicht mit den bayrischen Genossen in Berührung kommen konnten. Eine kleine rote Fahne führten wir mit, die aus dem Fenster hing. Ein Gendarm fordert die Herausgabe der roten Fahne. Unter der Drohung, unser Wagen bleibe sonst stehen, erpreßte er die Fahne; in Berlin sollten wir sie wieder bekommen. Aber wir sahen sie nicht wieder. — Als der Zug nach Berlin fahrbereit stand, wurde unser Wagen wieder angekuppelt. Nur winkende Hände der bayrischen Genossen konnten wir sehen, sprechen durften wir sie nicht.“

„Ich war auf der Suche nach meinem Mann,“ erzählt eine zweite Wiener Arbeiterin. „Man sagte mir, er sei in dem Zug, der fortwährend von der Polizei beschossen wird. Ich lief dorthin und erhielt einen Armschuß, der rechtsseitlich noch in die Lunge ging. Noch heute ist meine Hand gelähmt, nur drei Finger kann ich etwas bewegen. Viermal mußte ich zur polizeilichen Vernehmung. Nach der Vernehmung ließ man mich wieder gehen. Ich bin politisch und gewerkschaftlich organisiert. Von der Sozialdemokratischen Partei erhielt ich zweimal Unterstützung. Die letzte Unterstützung ließ ich meinem Manne, er war auch sehr lange arbeitslos, bekam am Montag Arbeit und um in den 14 Tagen, ehe er den ersten Lohn erhielt, etwas zum Leben zu haben, gab ich ihm das Geld.“

Ein junger, 17jähriger Lehrling wollte am 16. 7. ins Schwimmbad gehen. Im Bezirk Ottakring war die Erregung über die Schießereien der Wachbeamten noch sehr groß, es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, diese schoß sofort nieder, was ihr vor die Augen kam. Dieser junge Bursche erhielt einen Schuß durch die Halsschlagader. Ein Wunder, daß er bei seinem starken Blutverlust am Leben blieb. Seine Entschädigungs-Ansprüche wurden abgewiesen, mit der Bemerkung, er hätte ja bei den Schießereien nichts zu suchen gehabt.



Ein alter, 69jähriger Großvater kam ins Gedränge, er konnte wegen seines Alters nicht so schnell laufen. Ein Schuß zersplitterte ihm das Schienbein. Nun humpelt er am Stock. Aber Freude und Stolz leuchten aus seinen Augen, daß er als Gast der Roten Hilfe nach der Sowjet-Union fahren kann.

„Bei der Demonstration erhielt ich einen Lungenschuß,“ erzählt ein anderer. „Aber nicht genug mit dieser Verletzung. Bei der polizeilichen Vernehmung will man Aussagen erpressen, Faustschläge und Kolbenstöße sollen nachhelfen.“ So will nun dieser Arbeiter in der Sowjet-Union gesunden von dem mörderischen Lungenschuß und — sein bei der polizeilichen Vernehmung gebrochener Arm soll heilen.

Ein technischer Beamter fährt mit. Ein Brustschuß streifte seine Lunge. Kaum genesen, muß er zur polizeilichen Vernehmung. Die „handgreifliche Sprache“ der Wachbeamten bricht ihm das Handgelenk, ein Faustschlag ins Gesicht verursacht immer noch Bluterguß.

„So schlimm war es nicht im Kriege,“ sagte ein anderer. „Da gab man den Verwundeten Schonung. Mit einem schweren Beckenschuß am Boden liegend, beinahe verblutend, sollte ein Säbelhieb am Halse mir den Rest geben.“

Schwer, sehr schwer hat noch mancher an seinen Wunden zu tragen. Aber froh und ergriffen sind alle, es geht ja zur Heilung nach der Sowjet-Union.

Berlin, den 9. 9. 1927.

Ellä.

Heimbrief eines Julikämpfers!

Liebe Eltern!

Mir geht es ausgezeichnet gut, wenn es Euch auch nur so gut ginge. Gestern abend um 9 Uhr sind wir in Berlin angekommen und hatten einen Empfang, wie ich ihn in Wien noch nie gesehen habe. Wurden auf das herzlichste begrüßt und die Genossen nahmen uns die Koffer weg, damit wir die Kräfte sparen. Wir sollten noch zu einer Empfangsversammlung kommen, Tausende Berliner harreten unser. Da fast alle sehr ermüdet waren, sandten wir eine Delegation von vier Personen hin. Unter den vieren befand auch ich mich, weil ich mich sehr wohl fühlte. Als wir ankamen, wurden wir von der Menge umringt und umjubelt. Uns wurden Ehrenplätze zugewiesen. Zuerst sprach ein Berliner Genosse einleitende Worte, darauf sprachen wir, zuerst die Genossin Röder, dann Genosse Panker und Genosse Walter. Zum Schluß richtete ich Grüße von den Wiener Genossen aus. Ich erzählte, wie unschuldig ich zu der Verwundung gekommen war, dann richtete ich noch einige Dankesworte an die Jugendlichen. Zum Schluß konnte ich nicht mehr weiter, da ich in jungen wie alten Augen die Ergriffenheit sah und stockte. — —

Unter ungeheurem Jubel, den Ihr Euch nicht vorstellen könnt, wurden wir zum Auto gebracht. — —

Gerade in diesem Moment wurde mir gesagt, daß die Roten Helfer schon warten, — — —

Mit vielen Grüßen u. K. an Euch

Fritzl.

BLUTIGER TERROR IN CHINA!

Von dem furchtbaren wütenden weißen Terror in China hat die Öffentlichkeit bisher fast gar nicht Notiz genommen. In China kann nur die bürgerliche Presse einiges über die Unterdrückungsmaßnahmen berichten. Das Wenige genügt, um die Furchtbarkeit des heutigen Regimes erkennen zu lassen. Zehntausende werden buchstäblich hingeschlachtet.

Bis April regierten die Nordgenerale mit einem offenen Blutregime gegen die Revolutionäre. Nachdem Tschang Kai Schek mit



Gemordeter chinesischer Bauer.
Ein Schauspiel für die Sieger.

der Groß-Bourgeoisie sich verständigt hatte, wurde die Zahl der Terroropfer in den südlichen Küstenprovinzen noch weit größer als je zuvor im Norden. Massenhaft wurden Menschen auf offener Straße hingerichtet und massenhaft in die Gefängnisse geworfen. In allen großen Städten errichteten die Militärbehörden sogenannte Sonderabteilungen, die Todesurteile aussprechen konnten, ohne eine höhere Instanz anzurufen. Von den Zivilbehörden wurden Reinigungskommissionen eingesetzt, die nach Gutdünken Verhaftungen vornahmen und die Gefangenen der Sonderabteilung auslieferten. Eine ungeheure Furcht vor diesen beiden Instanzen ergriff die gesamte Bevölkerung. Jeder befürchtete, in die Hände der Häscher zu fallen.

Nach dem Abfall der Wuhaner Kuo Min Tang-Führer nahm die Schreckensherrschaft Besitz von ganz Südchina. Im Wuhan-Territorium, in den Provinzen Hunan, Hupe und Kiangsi sind die revolutionären Bauernorganisationen außerordentlich stark, sie zählen hier fast 10 Millionen Bauern als eingeschriebene Mitglieder. Darum ist der Terror und das Abschachten von Menschen auf dem Lande am furchtbarsten. Weil sich der „demokratische“ Wang Ching Wei bisher gegen die Einrichtung der „Reinigungskommissionen“ ausgesprochen hat, wenden sich die Nankinger scharf gegen ihn und verlangen, daß er als Führer zurücktrete, wie Tschang Kai Schek als Führer ihrer Richtung zurücktreten mußte.

Von dem christlichen General Feng Yu Hsiang wurde kürzlich gemeldet, daß er Tausende von Bauern auf einmal hingemordet hat. Feng Yu Hsiang hat schon öfter solche Heldentaten voll-



Feng - Yu - Hsiang,
einer der chinesischen Blutgeneräle

bracht. Im Jahre 1925 ließ er in Kalgan eine ganze Brigade von ihm entlassener Truppen erschießen. Nun wütet der weiße Terror in ganz China.

Neuerdings gehen die Japaner in Tsingtau und der Mandschurei bewaffnet gegen chinesische Polizei vor. In Binschifu haben sie am 23. August japanische Polizei, Feuerwehr, Reservisten und ein ganzes Bataillon Soldaten gegen streikende Bergarbeiter vorgeschickt. 50 Bergarbeiter wurden dabei getötet.

Das Gewissen der imperialistischen Kulturträger und Weltfriedenskongreßler fühlt sich durch das Massenmorden nicht beunruhigt, es soll ja dazu helfen, die Bahn freizumachen — für ungestörte Ausbeutung und Unterdrückung aller Werktätigen.

Blutarbeit in Indonesien

Aus Anlaß der Aufstandsbewegung auf Java und Sumatra (Anfang 1927) sind Tausende von Eingeborenen eingesperrt, zum Teil deportiert worden. Viele gingen in der Hölle Neu Guinea elend zugrunde. In einem Schein-Prozeßverfahren wurden viele „Rebellen“ zu Kerkerstrafen und zum Tode verurteilt. Der Generalgouverneur begnadigte zunächst drei der zum Tode Verurteilten. Dagegen demonstrierte die holländische Kolonialbourgeoisie; sie forderte des Gouverneurs Absetzung. Der hat dann kapituliert. Zunächst bestätigte er drei Todesurteile. Dann noch einmal vier. Ein Bericht aus Batavia vom 10. September (Aneta) meldet: Heute morgen um 8 Uhr sind drei zum Tode verurteilte Kommunisten im inneren Gefängnishof in Tjiamis hingerichtet worden. Sie wurden aufgehängt. Der Exekution wohnten bei: Der Resident der Preanger Regentschaften, der Regent von Tjiamis und Vertreter von anderen Verwaltungen, ferner eine Anzahl Polizeioffiziere. Man machte die Hinrichtung zu einer riesigen Staatsaktion. Einer der Verurteilten rief: Hnduplah Kommunismus! (Es lebe der Kommunismus.) Dann wurde die Schlinge angezogen. Die Namen der Hingerichteten sind nicht bekannt geworden.

Weitere Hinrichtungen können nur verhindert werden, wenn das Proletariat in allen Ländern gegen die Blutjustiz in Massenkundgebungen protestiert.

Mit den Hinrichtungen und Deportationen, die in zahlreichen Fällen ebenfalls das Auslöschen des Lebens bedeuten, will die holländische Bourgeoisie den Eingeborenen die Lust verleiden, noch einmal zu versuchen, sich von der ungeheuren Ausbeutung und absoluten Rechtlosigkeit zu befreien.



Der General-Gouverneur, der Hinrichtungen vollziehen ließ.



Verhindert einen zweiten Sacco-Vanzetti-Skandal – Rettet die Opfer des rumänischen Zuchthausregimes.

Der Bruder des Genossen Stefanoff sendet uns folgende Zeilen:

„In der rumänischen Presse lasen wir über die großartige Kampagne der Arbeiter der ganzen Welt für die Rettung von Sacco und Vanzetti und wir sind stolz auf diese Aktivität der Mitglieder der I. R. H.“

(Aus einem Briefe des Genossen Boris Stefanoff aus Bukarest.)

Die Protestkundgebungen der Arbeiterschaft in allen Ländern gegen die scheußliche Ermordung Pavel Tkatschenkos haben das Leben des Genossen Boris Stefanoff und das der vielen proletarischen politischen Gefangenen in Rumänien vorläufig gerettet. Die rumänische Oligarchie wartet jedoch auf einen günstigeren Zeitpunkt, um ihnen das Schicksal Tatschenkos zu bereiten. So wurde z. B. am 23. August der politische Gefangene Dutner von Agenten der Siguranza in einem Brunnen ertränkt. Die Gefängnisdirektoren tun alles, um die physischen und seelischen Kräfte der Gefangenen zu brechen. Es wird ihnen verboten, von ihren Angehörigen Nahrung und Wäsche zu erhalten, obwohl die Nahrung in den Gefängnissen sie zum Verhungern verurteilt und ihnen keine Bett- und Leibwäsche gegeben wird. Am 27. August d. J. versuchte die Gefängnisdirektion in Jilava die Gefangenen außerdem zu zwingen, Zwangsarbeit zu leisten, obwohl mehrere unter ihnen noch Untersuchungsgefangene sind. Wie ein Mann haben alle politischen Gefangenen in Jilava und Doftana, den berüchtigsten Gefängnissen der rumänischen Oligarchie, auf diese Maßnahme mit dem Hungerstreik geantwortet. Weder durch Versprechungen, noch durch Drohungen aller Art ist es dem Gefängnisdirektor gelungen, die Solidarität der Gefangenen zu erschüttern. Auch die Versuche, Boris Stefanoff als „Aufhetzer“ von den übrigen Gefangenen zu isolieren, sind gescheitert. Im Gegenteil, die schriftliche Erklärung Boris Stefanoffs im Namen aller Mitangeklagten wurde von allen politischen Gefangenen akzeptiert, obwohl sie neben den allgemeinen Forderungen aller politischen Gefangenen auch die Forderungen der Angeklagten im Stefanoff-Prozeß enthielt.

Unsere Genossen verlangen die bedingungslose Anerkennung ihrer Rechte als politische Gefangene und die Möglichkeit, von ihren Angehörigen Nahrung und Wäsche zu erhalten. Boris Stefanoff und seine Mitangeklagten protestieren gegen die systematische Verschleppung ihres Prozesses und fordern seine Uebertragung vor ein Zivilgericht und die sofortige Freilassung bis zur Verhandlung.

Alle Mitglieder der Roten Hilfe Deutschlands und alle unsere Leser werden volles Verständnis für den heldenhaften Kampf unserer rumänischen Brüder haben. Sie kennen die Folterkammern der rumänischen Oligarchie und das Verhalten der Henker der rumänischen Arbeiter und Bauern zu den mutigen proletarischen Vorkämpfern in den Kerkern.

Es ist allgemein bekannt, daß die Angeklagten im Stefanoff-Prozeß sich seit Jahren in Untersuchungshaft befinden, ohne daß dieses für die Verhandlung notwendig wäre; denn dieser Prozeß ist nur eine Wiederholung des Prozesses von 1924, in dem die Angeklagten in Abwesenheit zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, erneut zum 1. Oktober 1926 angesetzt. Seit dieser Zeit wurde er sechsmal vertagt, weil die Regierung der Bojaren angesichts der energischen Protestkundgebungen der Arbeiterschaft es nicht wagt, ihre vollständig in der Luft hängenden Anklagen zur Grundlage eines Klassenurteils zu machen. Im übrigen wird in Rumänien die Untersuchungshaft nicht auf das Strafmaß angerechnet. Darum will die rumänische Regierung, wenn es ihr nicht gelingt, ein langjähriges Urteil auszusprechen, die Angeklagten wenigstens durch Untersuchungshaft auf mehrere Jahre im Kerker festzuhalten.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft Europas, die schon so oft ihren Kampfeswillen zur Rettung mutiger Revolutionäre kundgegeben hat, wird auch in diesem Falle ihre Pflicht tun zur Rettung der tapferen rumänischen Genossen, deren Leben solange sie noch in Händen der rumänischen Militärclique und Bojaren sind, in ständiger Gefahr ist.

Die Sache Stefanoff und Genossen darf sich nicht zu einem zweiten Sacco- und Vanzettifall entwickeln!

Zeigt alle, daß der Stolz auf die Aktivität der Roten Hilfe, den Boris Stefanoff in seinem Brief zum Ausdruck bringt, wohl begründet ist!

Die Massenprozesse in Bulgarien!

Von C. Wolinski.

Im Frühjahr dieses Jahres, als der Hungerstreik der 2500 politischen Gefangenen in 22 Gefängnissen Bulgariens beendet war und das Land vor den Sobranje-Wahlen stand, ließ Ljaptschew Aeußerungen über eine Amnestie fallen. Diese Aeußerungen wiederholten sich in seinen Reden im Parlament und in Gesprächen mit Pressevertretern, waren aber vorsichtig gehalten und enthielten nur halbe Versprechungen. Es handelte sich darum, den Eindruck, den der Hungerstreik hervorgerufen hatte, abzuschwächen und die erregte öffentliche Meinung für die Dauer der Wahlen zu beschwichtigen.

Kaum war aber die Sobranje eröffnet worden, da begann Ljaptschew eine andere Sprache zu führen. „Im gegenwärtigen Zeitpunkt,“ erwiderte er auf den Versuch der Opposition, ihm an sein Versprechen zu gemahnen, „wo sämtliche Staaten sich genötigt sehen, Abwehrmaßnahmen gegen die kommunistische Gefahr zu ergreifen, kann keine Rede von einer Amnestie sein.“

Diese Worte gaben gewissermaßen den Auftakt zu einer Anzahl neuer Massenprozesse.

Am 9. Juli fand im Sofioter Kreisgerichte die Schlußsitzung im Prozesse des kommunistischen Jugendverbandes statt. 9 Jugendliche wurden je zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, die übrigen 14 Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen bis zu 5 Jahren.

In Haskovo wurde der Prozeß von 24 Arbeitern und Bauern, die der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei angeklagt waren, an einem Tage durchgepeitscht. Das Gericht bedurfte nur einer Sitzung, um sämtliche Angeklagten und 13 Zeugen einzunehmen, die Reden von 6 Verteidigern anzuhören und 12 Personen insgesamt zu 51 Jahren Zuchthaus zu verurteilen.

In Lovitsch verurteilte das Kriegsgericht am 15. Juli 11 Personen zum Tode, 6 zu lebenslänglichem Kerker und 1 Frau zu 15 Jahren Gefängnis. Dieser Prozeß ist ein Ergebnis der Bauernunruhen, die sich voriges Jahr im Kreise Trojanov ereignet hatten, wobei 200 Bauern von den Strafexpeditionen erschossen wurden.

In Tatar-Pasardschik wurden am 25. Juli 6 jugendliche Kommunisten zu öffentlicher Hinrichtung am Galgen auf dem Stadtplatz, ferner 2 zu 15 Jahren Zuchthaus und 16 zu Gefängnisstrafen

von verschiedener Dauer verurteilt. Dies sind nur einige Beispiele aus der Reihe der Massenprozesse, in denen vielfach lediglich wegen Annahme von Rote-Hilfe-Unterstützungen jahrelange Kerkerstrafen gefällt wurden.

Wie aus der gerichtlichen Untersuchung hervorgeht, beruht jeder dieser Prozesse auf Provokation und auf Folterungen während der Voruntersuchung. So war der Prozeß von Tatar-Pasardschik auf den Aussagen aufgebaut worden, die der Provokateur Nantschew, ein Hochschüler, Sohn eines bekannten Millionärs, gemacht hatte. Eine Anzahl Angeklagter sagte vor Gericht aus, daß man sie vor dem Verhör gezwungen hätte, Gräber zu schaufeln. Als sie tief genug waren, um den Angeklagten bis zu halber Körperhöhe zu reichen, mußten sie sich hineinstellen und in dieser Stellung dem Untersuchungsrichter Rede stehen.

Ungeachtet des heldenhaft durchgeführten allgemeinen Hungerstreiks hat sich die Lage der Gefangenen in keiner Hinsicht gebessert. Die Zeitung „Narod“ hat erst unlängst einen Brief von 20 Schülern veröffentlicht, die im Gefängnis von Vratza eingekerkert sind. Sie sind zu 189 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie einem marxistischen Bildungszirkel angehört hatten. Der Brief enthält eine Schilderung des grausamen und erniedrigenden Regimes, welchem die revolutionäre Jugend durch die sadistischen Kerkermeister unterworfen wird.

In den letzten Wochen laufen aus den bulgarischen Gefängnissen viele Briefe von Gefangenen ein, die ihre Haft auf Grund der Prozesse von 1923—1924 verbüßen. Damals hat die bulgarische Regierung Arbeiter und Bauern wegen des Verdachtes der Teilnahme an der kommunistischen Bewegung zu Tausenden hängen, erschießen und in den Kerker werfen lassen. Dabei stützte sie sich auf die Fälschungen Druschilowskis, die sie selbst durch ihren Berliner Gesandten Popow-Angelow bestellt hatte. Die Eingekerkerten, die von den Enthüllungen in dem Druschilowski-Prozesse Kenntnis erlangt haben, fordern vom bulgarischen und von internationalen Proletariat energisches Einschreiten, damit die Opfer der ungeheuerlichen Provokation, die von den Regierungen Zankow und Ljaptschew angezettelt worden ist, unverzüglich in Freiheit gesetzt werden.

AMNESTIE AMNESTIE

Die politischen Gefangenen winseln nicht um Gnade. Sie fordern ihre Befreiung von einem politischen Akt: Von einer allgemeinen Amnestie. Klassenjustiz, eine Justiz, deren Urteile von politischen Motiven bestimmt werden, hat sie der Freiheit beraubt, hat sie in maßlose Qualen und Leiden hineingestürzt, hat mit den Verurteilten ihre Angehörigen, ihre Frauen und Kinder seelischen Leiden und materiellen Nöten ausgesetzt. Mit den politischen Gefangenen selbst fordern Millionen ihrer Klassengenossen: Allgemeine Amnestie! Dieser Forderung schließen sich alle gerecht und sozial denkenden Menschen aller sozialen Schichten an. Viele Hunderte von Intellektuellen haben in Zuschriften an die RHD. sich mit der Forderung auf Vollamnestie solidarisiert.

Nachstehend gaben wir einigen dieser Zuschriften an dieser Stelle Raum:

„Ich verfolge seit Jahren den Stand der Amnestiefrage und die Urteile bei politischen Vergehen. Ihre Forderung der Vollamnestie muß mit allen Mitteln unterstützt werden, sie ist eine Selbstverständlichkeit für jeden, der sich für Menschlichkeit und Hilfe einsetzt.

Dr. med. Heinrich Meng,

Herausgeber der Zeitschrift für psychoanalytische Pädagogik.“

„Eine umfangreiche Amnestie erscheint schon deshalb notwendig, um manches von dem wieder gut zu machen, was die politische Justiz gesündigt hat. Die Persönlichkeiten, die in unserer politischen Strafjustiz an hervorragender Stelle stehen und arme Luder, die aus Hunger fremden Spionen Auskunft gegeben haben, ob bei Reichswehrformationen Tankwagen zu sehen sind, mit 12 Jahren Zuchthaus bestrafen, ahnen ja gar nicht, was das Volk, das so etwas hört, von unserer ganz einwandfreien Ziviljustiz denkt. Weite Kreise lesen das Buch 8 Jahre politische Justiz, wundern sich, wie unbehelligt sich Herr Justizrat Claaß seines Daseins freut im Gegensatz zu den armen Schächern von links, die unsere Zuchthäuser füllen. Alles, was mit Justiz im deutschen Reich zu tun hat, muß die Klinke der Amnestie ergreifen, um das Ansehen der Rechtspflege wieder herzustellen, das selbst in den schlimmsten Zeiten des reaktionären preußischen Obertribunals nicht so gelitten hat wie gegenwärtig.

Dr. Schücking, Rechtsanwalt.“

„... Amnestie ... ist das nicht das Mindeste!

Heraus mit den Gefangenen, die um ihrer Ueberzeugung langsam und kalt vernichtet werden!

Dr. Friedr. Wolf, Herdwangen/Baden.“

„Nach meiner festen Ueberzeugung ist es Gebot nicht nur der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, sondern auch der politischen Weisheit, daß überall in der Welt durch eine großherzige Vollamnestie der Schlußstrich unter die Kämpfe der Nachkriegszeit gesetzt werde. Von diesem Standpunkt aus kann ich Ihnen auf die deutschen Verurteilten bezüglichen Antrag nur mit vollem Herzen unterstützen.

Prof. Dr. Franz Oppenheimer.“

„Wenn auch unsere Hauptarbeit der Begnadigung der Opfer aus dem Abtreibungsparagraphen gilt, so stimmen wir doch auch Ihren Forderungen vollinhaltlich zu. Weitgehendste Amnestie aller politischen Vergehen ist die Forderung des Tages und nur eine solche kann einen Teil der Vertrauenskrise zu unserer Justiz beiseitigen.

I. A.: Erwin Berger,
Gesellschaft für Geschlechtskunde.“

„... Heute, wo die Politik wohl kaum erst beginnt, auf die Basis der Moral und Gerechtigkeit gehoben zu werden, mag das sogenannte „politische Verbrechen“ gar nicht einmal so selten eher ein politisches Verdienst bedeuten? Desto vorsichtiger sollte man ihm gegenüber mit der Verweigerung der Amnestie werden! Gegen eine Politik, die ethisch noch gar nicht fundiert ist, gibt es überhaupt kein politisches Verbrechen, sondern dieser Begriff ist noch utopisch ...

Dr. S. Friedländer (Mynona).“

„Ich bin für die von Ihnen geforderte Vollamnestie; denn ich bin gegen die Parteilichkeit der Justiz, gegen Willkürakte des Staates gegen seine Bürger und ich verlange menschliche Anständigkeit auch im öffentlichen Leben. **Heinrich Mann.“**

„In Sachen Amnestie bin ich ohne die leiseste Einschränkung auf Ihrer Seite. Heraus aus Zuchthauskäfigen und Gefäng-

nislöchern mit denen, die ehrlich, wenn auch erfolglos, in wüster Zeit sich für die Verwirklichung einer Staats-, einer Produktions-, einer Gesellschaftsform einsetzten, die ihnen vernünftiger und menschenwürdiger schien als die, die herrscht. Heraus mit ihnen in die Freiheit (diese höchst problematische Freiheit!) schon deshalb, weil ein fragwürdiges Gesetz und eine noch fragwürdigere Justiz sie in den Kerker gestoßen hat. Diese Kapitalistenrepublik kann niemals gerecht handeln; umso mehr müßte ihr darum zu tun sein, endlich einmal zu zeigen, daß sie wenigstens nobel handeln kann. Sonst stünde sie, ihrem Charakter nach, noch unter den Selbstherrschern der Feudalzeit.

Dr. Kurt Hiller.“

„Da Hochverräter der Rechtsparteien (auch die inoffiziellen) sich einer behaglichen Freiheit mehr als uns erfreuen, wird umfassende Haftbefreiung der Linksgefangenen zur Pflicht.

Alfred Kerr.“

„Auf Ihr Schreiben teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich ein unbedingter Anhänger einer Vollamnestie bin für alle politischen, sogenannten Ueberzeugungsverbrecher von der äußersten linken bis zur äußersten Rechten. Ich trete überall öffentlich ein für diese meine Ansicht und ermächtige Sie auch, davon Gebrauch zu machen.

Dr. h. c. Frhr. v. Schoenaich, Generalmajor a. D.“

„Wer Augen hat zu sehen, erkennt, daß heute Rechtsprechung und praktische Alltagsmoral auseinanderklaffen. Die Gesetze, nach denen unsere Richter urteilen, und die inneren Gesetze, nach denen sie angetreten sind, decken sich nicht mit den Gesetzen, die dem Menschen des Alltags verbindlich erscheinen. In vielen Fällen auch nicht mit den Gesetzen der Logik. Unter solchen Umständen ist es Gebot nicht nur der Menschlichkeit, sondern auch einer selbst primitiven Staatskunst, die Härten dieser Rechtsprechung auszugleichen durch umfassende Begnadigung.

Dr. Lion Feuchtwanger.“

„Ich billige Ihre Forderung nach einer umfassenden Amnestie politischer Verbrechen; insbesondere müssen darunter die wegen des sogenannten Geißelmordes Verurteilten, allgemeiner die wegen Hochverrats Verurteilten fallen. Bei diesen Verbrechen haben nämlich die deutschen Gerichte in besonders einseitiger Weise geurteilt. Die Taten von rechts, wie Kapp- und Hitler-Putsch wurden kaum verfolgt, die von links mit ungeheuren Strafen geahndet.

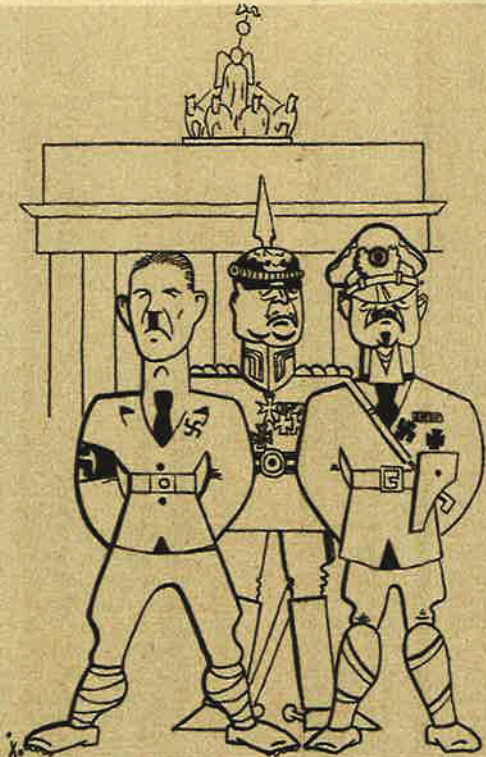
E. I. Gumbel.“

„In Beantwortung Ihrer gefl. Anfrage teile ich Ihnen mit, daß auch nach meiner Meinung eine völlige Amnestie zu mindestens eine weitgehende Strafmilderung und Strafaussetzung für diejenigen politischen Gefangenen geboten ist, die wegen Vergehen in der Zeit von 1919—1923, insbesondere auch von den bayrischen Volksgerichten verurteilt worden sind. Auch im übrigen halte ich aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten eine gesetzlich festzulegende volle Amnestie gegenüber den geplanten Einzelbegnadigungen vom Standpunkte der Gerechtigkeit wie der Staatspolitik aus durchaus für erstrebenswert. Ich wünsche Ihnen diesbezügl. Bestrebungen vollen Erfolg.

Dr. jur. Ostwald, Rechtsanwalt,
Münster i. W.“

... Daher ist eine Amnestie wegen aller Delikte, die irgendwie im Zusammenhang mit Politik oder wirtschaftlicher Notlage stehen, unbedingt erforderlich.

Gustav Simon, Rechtsanwalt und Notar,
Breslau.“



**Hitler, Ludendorff, Ehrhardt,
brauchen keine Amnestie**

In Litauen wird gemordet!

Seit dem 17. Dezember 1926 steht das kleine Bauernland Litauen in der Reihe der Länder, die mit dem faschistischen Terror beglückt wurden, also neben Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Polen. Die litauischen Faschisten haben manchen italienischen faschistischen Journalisten als Instrukteur gehabt, der den unter dem Diktat Englands ausgeführten Umsturz mit seinem Rate unterstützte. Aber nur mit dem Rate; denn die grausamen Taten verstehen die blutgierigen Henker Litauens selbst gut auszuführen.

Das ökonomische und sozialpolitische Ziel des faschistischen Umsturzes ist die Niederwerfung der wachsenden Arbeiter- und Kleinbauernbewegung. An der Spitze der faschistischen Meuterei stand als Freund der litauischen Gutsbesitzer mit polnischer Abstammung A. Smetona mit seinem Regierungschef Professor A. Woldemaras; als Führer der umstürzlerischen Militärclique galten der Major des Generalstabes Plechowicz ein Gutsbesitzer polnischer Abstammung und der Oberst Glowacki; diese Leute dienen jedem, der sie gut bezahlt, und jeder von ihnen hat noch vom Jahre 1919 mehrere Hundert Arbeiter- und Bauernleben auf seinem Gewissen. Politisch heuchlerischer Vorwand des Umsturzes war ein angeblich vorbereiteter Putsch der litauischen Kommunisten. Aber sogar die Faschisten glauben das ebensowenig wie irgend jemand anders im In- und Ausland.

Vier Kommunisten waren die ersten Opfer der faschistischen Blutgier, die populärsten Arbeiterführer Litauens: Karl Pojella und Josef Greifenberger, Mitglied des Zentralkomitees der Roten Hilfe Litauens, Kasis Gedris und Raphael Tscherny. Die Faschisten begnügten sich aber nicht mit diesen vier der Arbeiterklasse Litauens entrissenen Opfern. Anfang 1927 wurden weitere 3 Genossen zum Tode verurteilt. Auf Grund von Gnadengesuchen wurde das Urteil von zwei Angeklagten in lebenslängliche Gefängnisstrafe und gegen den dritten in 15 Jahre Gefängnis um-

gewandelt. Genosse Melamed, der ebenfalls zum Tode verurteilt wurde, weigerte sich, ein Gnadengesuch einzureichen und wurde erschossen.

Das ganze Land wurde zu einem großen Kerker gemacht. Alle Gefängnisse waren überfüllt. Es wurde ein spezieller Verbannungsort eingerichtet, das Konzentrationslager Varniai (Worny), für alle „unruhigen“, „unzufriedenen“, „verdächtigen“ Elemente des Landes. Ein zweites zaristisches Sibirien entstand in Litauen. Die Lage der gefangenen Internierten ist furchtbar. Als im Konzentrationslager Varniai die politischen Gefangenen durch Gesang der Internationale und Anstecken roter Bänder den 1. Mai feierten, wurden 13 von ihnen vor das Kriegsgericht gestellt, das mit der Begründung, es handele sich um einen Versuch, das Militär zur Meuterei anzustiften, mehrere Todesurteile fällte. U. a. wurde auch die Frau des erschossenen Genossen Greifenberger zum Tode verurteilt. Sie reichte kein Gnadengesuch ein, aber trotzdem wagte man nicht, sie hinzurichten und wandelte ihr Urteil in lebenslänglichen Kerker um.

Dies waren die Zustände in Litauen bis Mitte August d. J., als anlässlich des Auflehnungsversuches demokratischer oppositioneller Elemente gegen die Faschistendiktatur diese Diktatur zu einem neuen entscheidenden Schlage gegen die Arbeiterschaft ausholte. Unbeschränkter Terror herrscht heute in Litauen. Zahlreiche Hinrichtungen von Arbeitern und Studenten haben bereits stattgefunden. Die Arbeiterorganisationen und ihre Presse sind unterdrückt. Tausende von neu Verhafteten füllen die litauischen Kerker.

In dieser furchtbaren Lage appelliert das litauische Proletariat an die internationale Arbeiterschaft, Gewerkschaften, Parteien, Kulturorganisationen freiheitlicher Richtung, gemeinsam bedroht, müssen nun eine Einheits-Abwehrfront gegen das Terrorregime in Litauen bilden. Kampf ist die Parole!



Gefangene revolutionäre Arbeiter im Konzentrationslager Varniai in Litauen. — Oben: Genossin Greifenberger, erst zum Tode verurteilt, dann zu lebenslänglichem Zuchthaus „begnadigt“.

Frankreichs Kriegsvorbereitungen — Reservisten - Aufstände — Kommunistenhetze

Mit Hilfe Poincarés, des Ministerpräsidenten der „nationalen Einheit“ sind die imperialistischen Kräfte in eine geschlossene Front für die Expansionsbestrebungen Frankreichs eingetreten. Frankreich mußte auf das Ruhrgebiet und damit auf die europäische Vorherrschaft verzichten. Jeder Versuch zur Erbeutung neuer Machtbereiche findet Widerstand bei den anderen imperialistischen Machtgruppen. Darum braucht das französische Kapital die in diesen „gottgewollten“ Kämpfen allein ausschlaggebende Waffe — eine schlagkräftige Armee.

Mit dem „Gesetz über die Organisation der Nation in den Zeiten des Krieges“ will Frankreich die nötigen Grundlagen schaffen. Durch dieses Gesetz sollen im Kriegsfall mobilisiert werden: „Personen ohne Unterschied des Alters und Geschlechts, alle Verbände, wie Gewerkschaften, Unternehmerorganisationen, Betriebe, Bergwerke, Transportmittel, große Handelsunternehmungen“. Im Kriegsfall sollen diese Unternehmungen in staatliche Regie genommen werden können gegen Zahlung entsprechender Zinsen, Prämien usw., die nach der Erklärung Loucheurs in der Kammer für die Kapitalisten noch größere Vorteile bringen werden, als die freie Wirtschaft im vergangenen Kriege.

Bei der von der revolutionären Arbeiterschaft eingeleiteten Gegenaktion hat sich jedoch gezeigt, daß die breiten Massen nicht gewillt sind, diesen Verrat willig hinzunehmen. Eine Unterschriftensammlung gegen das Militärgesetz brachte in kürzester Frist Hunderttausende von Unterschriften. Auch unter den Reservisten, den ersten Opfern der Neuorganisation des Militärs, hat diese Petition viele Anhänger gefunden.

Das Einziehen der Reservisten zur 25- resp. 45tägigen Uebung im Heere und in der Marine zeigt deutlich, wie schnell die Kriegsgefahr heraufzieht. Die Erbitterung der Reservisten, die aus ihrem Beruf gerissen, wieder zum Schlachten und Geschlachtetwerden gedrillt werden sollen, ist ungeheuer groß; täglich werden von den verschiedensten Regimentern antimilitaristische Kund-

gebungen gemeldet. Trotz aller Unterdrückung breitet sich diese Bewegung immer mehr aus. Ein französischer Oberst schreibt darüber im Pariser „Avenir“: „Unsere Armee ist nur eine Einbildung. Die Formationen halten nicht mehr zusammen, zersetzen sich von Monat zu Monat mit entsetzlicher Schnelligkeit. Die Truppen sind vom Kommunismus angefressen.“

Im Monat Juli haben z. B. Demonstrationen stattgefunden, bei denen von 22 Regimentern mit insgesamt 20 000 Reservisten über 10 000 Reservisten beteiligt waren. Selbst der Kriegsminister Painlevé hat in einer Interpellation zugeben müssen, daß Gefängnisstrafen nichts mehr nützen, obwohl das Militärgericht zur Abschreckung drakonische Urteile gefällt hat. Gefängnis von 3—18 Monaten war das übliche Strafmaß. Der Innenminister Sarraut inszenierte rücksichtslose Verfolgungen gegen die kommunistische Partei; Gefängnis- und Geldstrafen trotz Immunität für die kommunistischen Abgeordneten, Verbot der Presse, Verhaftungen (darunter Marty, Vizepräsident der Exekutive der IRH.), schwere Gefängnisurteile, Ausweisung von Ausländern unter Bruch des Asylrechts. Vom Juli 1926 bis August 1927 wurden 8500 „lästige Ausländer“ ausgewiesen. Anfang 1927 erfolgte die Verhaftung von 100 Revolutionären und das Verbot von 19 fremdsprachlichen Zeitungen.



Marty, der verhaftete Vizepräsident der Exekutive der I. R. H.

Die Vergeltung für Sacco und Vanzetti!

Von Clara Zetkin.

Der nachstehende Artikel der Präsidentin der Roten Hilfe ist bereits am 25. August in Leningrad geschrieben worden. Leider gelangte er erst jetzt in unsere Hände. An Aktualität hat er nichts verloren. D. Red.

Der Justizmord an Sacco und Vanzetti gibt den richtigen Text für die süßen Melodien zum Lob der Zustände in den Vereinigten Staaten Amerikas; für jene süßen Melodien, durch die reformistische Partei- und Gewerkschaftsführer unisono mit der Bourgeoisie die Proletarier zu betören gedachten.

Jedoch die Lobredner des Kapitalismus und seiner „Weltordnung“ werden sich vergeblich bemühen, die Niedertracht und Grausamkeit des Justizverbrechens an Sacco und Vanzetti zu einer „Yankee-Spezialität“ umzudeuten. Dieses Justizverbrechen ist ein klassischer Ausfluß des innersten Wesens des Weltkapitalismus, der Klassenherrschaft der internationalen Bourgeoisie. Es ist ein unlösliches Glied einer Kette, die sich von Amerika nach Europa durch Litauen und Polen über Bulgarien, Rumänien, Südslavien, Ungarn, Oesterreich, über

Deutschland, Italien und Spanien, über Kolonial- und Halbkolonialländer, über China um den Erdball schlingt, einer Kette ungeheurer Gewalttaten des weißen Justizterrors und des blutigen Faschismus. Mit ihrem Urteil — das auf brüchigstem Indizienbeweis beruht — wollten die Richter der Vereinigten Staaten als Vertreter und Vorkämpfer der unter den Auswirkungen des Roten Oktobers zitternden Weltbourgeoisie über Sacco und Vanzetti hinaus das italienische, das internationale Proletariat treffen, den verhaßten „Bolschewismus“, den revolutionären Kampf-

willen der Lohnsklaven. Mit Recht empfinden die Arbeiter aller Länder den Justizmord an Sacco und Vanzetti als einen Schlag, eine freche Provokation, vom Weltkapitalismus gegen das Weltproletariat geführt. Untat der skrupellosesten Klassenjustiz und Klassengewalt der ausbeutenden Bourgeoisie muß in der Welt der Ausbeuteten die tiefste, nachhaltigste Wirkung haben.

Bürgerliche Liberale, Demokraten und Pazifisten und ihre reformistischen Geistestrabanten verwiesen die Proletarier Europas auf die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten als das Ideal der zu erstrebender Zukunft.

In sozialer Gesinnungsverwandtschaft wurde just in diesen Tagen der Botschafter der nord-amerikanischen Finanzkönige in Berlin von zwei deutschen Universitäten zum Ehrendoktor der Philosophie ernannt. Der Justizmord an Sacco und Vanzetti lenkt mit anderer Kraft als das bürgerliche und reformistische Eiapopäia, lenkt mit der zwingenden Gewalt der internationalen revolutionären Solidarität die Blicke des Weltproletariats auf die Vereinigten Staaten. Er beweist den Werktätigen sinnfällig, wessen sie sich von dem Weltkapitalismus, der Weltbourgeoisie zu versehen haben. Er donnert ihnen zu: Erkennt, handelt! Ihr fragt wie? Das russische Proletariat hat



Sacco-Vanzetti-Kundgebung. — Kopf oben: Taft, seit 1921 Präsident des Obersten Bundesgerichts.

es Euch gelehrt und lehrt es Euch täglich. Folgt seinem Beispiel! Das wird die Vergeltung, die geschichtliche Rache für die gemordeten beiden italienischen Proletarier sein, für alle, die der Kapitalismus foltert und meuchelt.

Die jetzt hoch empörbrandende Woge der Empörung muß der Vorläufer der Sturmflut sein, die die bürgerliche Welt verschlingt.

Die Mitschuld der amerikanischen Botschaft an der Ermordung Saccos und Vanzettis!

Die Vossische Zeitung brachte am Sonnabend, den 20. August, die sensationelle Mitteilung, ein Architekt habe im Jahre 1922 in Rom einen Mann kennengelernt, der als Teilnehmer an dem Verbrechen, für das Sacco und Vanzetti hingerichtet worden sind, in Frage komme. Dem Gen. Schlör war es noch am selben Tage möglich, den Architekten zu sprechen.

Am Montag, den 22. August, vormittags, versuchte der Zentralvorstand, die amerikanische Botschaft zu bewegen, den Architekten zu empfangen, seine Aussagen entgegenzunehmen und die amerikanische Regierung noch rechtzeitig telegraphisch zu verständigen. Die amerikanische Botschaft lehnte ab, weil sie zu sehr beschäftigt sei. Auch die Vermittlung eines einflußreichen amerikanischen Bürgers, der zufällig in Berlin weilte, war nach dieser Richtung hin ergebnislos.

Am 23. August, Dienstag früh — also nach der Hinrichtung — ließ der amerikanische Konsul dem Zentralsekretariat der RHD. mitteilen, daß er jetzt bereit sei, den Architekten zu empfangen und seine beledete Aussagen entgegenzunehmen.

Der Architekt hat seine Beobachtung vor dem Notar Dr. Herzfeld-Berlin in folgender eidesstattlicher Erklärung niedergelegt:

Von 1919 bis 1922 hielt ich mich in Rom auf. 1920 hatte ich dort die Kunstakademie absolviert und lebte seitdem dort als Architekt. Ende Februar oder Anfang März 1922 begab ich mich eines Abends in die Trattoria di Sora Nana (oder Sora Maria), die vis à vis der Via Marguta liegt. Am Nebentisch saß ein Gast, der äußerlich nach seiner Kleidung den Eindruck eines Amerikaners machte. Ich kam mit ihm ins Gespräch. Er erzählte mir, daß er lange Zeit in Amerika gelebt habe. Er war Italiener. Seine Aussprache war die des Norditalieners, er schien aus der Provinz Veneto zu stammen. Sein Alter konnte ich nicht genau einschätzen, er war aber mittleren Alters. Er war ungefähr 1,65 m groß, breit, ziemlich athletisch gebaut, glatt rasiert, hatte schwarze Haare, die mit einigen weißen Strähnen durchzogen waren, zusammengewachsene Augenbrauen und an der einen Schläfe, ich weiß nicht mehr an welcher, eine eigenartige kahl Stelle, die mir besonders ihrer Form und Lage wegen auffiel. Wir haben allerlei besprochen und ich habe ihm bei dieser Gelegenheit auch erzählt, daß ich Russe sei. Dies hat ihn sehr interessiert und er wollte nun von mir wissen, ob ich für oder gegen die Revolution sei. (Russen waren damals übrigens in Rom sehr selten, so daß vielleicht schon aus diesem Grunde der Fremde an mir größeres Interesse nahm, als er von meiner Abstammung hörte). Ich habe ihm gesagt, daß ich politisch gar nicht interessiert, sondern mehr Künstler sei, aber immerhin als modern denkender Mensch mit dem modernen Rußland sympathisiere. Darauf erzählte er mir, er sei Anarchist. Ich wurde daraufhin ihm gegenüber etwas

skeptisch. Ich hatte den Eindruck, daß er unbedingt beabsichtige, mir mit seiner politischen Einstellung zu imponieren. Wir verließen dann gegen 1 Uhr nachts die Trattoria und promenierten die Via Babuino längs bis zur Piazza del Popolo. Er wurde nun sehr vertraulich, betonte nochmals, daß er Anarchist sei und sagte, er habe sogar in der Nähe von Boston eine Exproprietation vor ungefähr zwei Jahren veranstaltet, wobei auch einige Leute um sein Leben gekommen wären. Er selber sei ungehindert aus Amerika herausgekommen und auch seine Leute, die noch in Amerika seien, seien für die amerikanische Polizei ungreifbar. Zwei andere dumme Kerle saßen dafür im Gefängnis.

Er war gut angezogen. Er schien viel Geld zu haben. Im Uebrigen machte er den Eindruck eines recht gerissenen Menschen. Nach dem Eindruck, den ich von ihm gewann, konnte ich ihm das, was er erzählte, auch unbedingt zutrauen. Da ich mit dieser Angelegenheit nichts zu tun haben wollte, habe ich mir weder seinen Namen noch seine Adresse gemerkt. Ich war auch der Meinung, daß seine Bekanntschaft, da ich doch selbst Ausländer in Rom war, für mich nur mit unangenehmen Folgen verknüpft sein könnte; ich wollte nicht erst in die Möglichkeit kommen, etwa noch als Zeuge vernommen oder sonstwie in die ihm geschilderte Angelegenheit hineingezogen zu werden.

Ich habe mich dann auch in der Folgezeit nicht mehr um die Sache gekümmert. Ich bin jetzt ungefähr 5 Jahre in Deutschland und habe von der Sache Sacco und Vanzetti erst jetzt erfahren. Ich bin auf keine Zeitung abonniert, ich interessiere mich wenig für Zeitungen und kaufe auch nur selten eine. Ich pflege im allgemeinen fast nur Fachzeitungen zu lesen. Bis vor kurzem habe ich auch nicht gewußt, daß Boston die Hauptstadt von Massachusetts ist. Erst in der letzten Woche wurde ich durch die Gespräche von Bekannten auf die Sache Sacco und Vanzetti aufmerksam. Ich las nun einiges in den Zeitungen darüber, weil im Zusammenhang mit dem Wort „Massachusetts“ und dem Wort „Boston“ mir die erste Gedanken-Association kam, daß vielleicht diese Angelegenheit und die, über welche mir der Fremde in der Trattoria in der Via Marguta in Rom berichtete, dieselbe sein könnte. Nun bekam ich größeres Interesse an diesem Falle und informierte mich weiter.

Infolgedessen stellte ich dann die genaue Uebereinstimmung des Falles Sacco und Vanzetti mit der Sache, die mir der Fremde in Rom erzählt hatte, fest. Sobald ich die feste innerliche Ueberzeugung hatte, daß der Fremde auch der Tattoria in Rom der Täter war, begab ich mich am letzten Sonnabend zur Redaktion der „Vossischen Zeitung“, um das, was mich bedrückte, der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Ich bemerke noch, daß ich am 23. 6. 1900 in Odessa geboren bin. Ich bin staatenlos und Inhaber eines Völkerbund-(Nansen-)Passes. Von Beruf bin ich Architekt.

Ich bin jederzeit bereit und in der Lage, meine Aussagen zu beedigen und versichere sie hiermit an Eidesstatt.

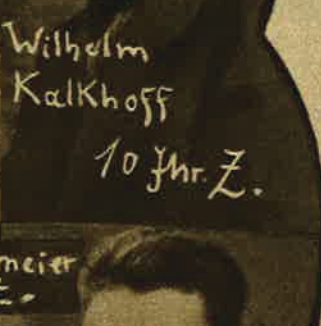
Berlin, den 25. August 1927.

Berlin, den 7. September 1927.

gez. W. K.

L. S. gez. Dr. Herzfeld,
Notar.

280 Jahre



Brüder erkäm

Kerker!



Bernhard
Kalcher

6 Jahre Z.

Lorenz
Rall

6 Jhr.
Z.

Georg
Huber

15 Jhr. Z.

Paul
Kuhnle

3 1/2 Jhr.
Z.

Lorenz
Rall

6 Jhr. Z.

Wilhelm
Schurf

7 Jhr. Z.

Joh.
Kick

15 Jahre Z.

Max
Weinhold

3 Jhr.
Gefg.

Christian
Heuck

5 Jhr. Z.

Joh.
Drews

5 Jhr. Z.

Aug.
Groß

6 Jhr. Z.

Staub

3 1/2 Jhr. Z.

Rudolf
Margie

Erich Zaretzke

12 Jhr. Z.

Wilh. Riethmeier

15 Jhr. Z.

Ernst
Bahr

4 Jhr
Gefs.

Eugen
Sprecher

3 Jhr. Z.

Willy
Delvendel

7 Jhr.
Z.

Jos.
Marschall

6 1/2 Jhr. Z.

Berger
Z.

mit

Vie Amnestie!



Die Kinder-Heime der Roten Hilfe

Mit Bibel und Gesetzbuch, Kreuz und Galgen hat sich die Bourgeoisie einen Machtapparat geschaffen, der rücksichtslos gegen die Arbeiterklasse, die an ihren Ketten zu rütteln wagt, eingesetzt wird. In den Terrorländern des Balkans wurden ganze Ortschaften dem Erdboden gleich gemacht und die Familien der Revolutionäre brutal verfolgt. Die herrschende Klasse gibt sich aber nicht mit der Verfolgung und Einkerkelung der Revolutionäre zufrieden. O, nein! Ihr Haß gilt sogar den unschuldigen Kindern und Frauen, deren Unterstützung in Bulgarien und Italien gesetzlich verboten ist.

In Deutschland — „dem Lande der Dichter und Denker“ — ist man zivilisierter. Hier wird zwar die Unterstützung der Revolutionären und die Unterstützung der Frauen und Kinder der politischen Gefangenen nicht verboten, aber ohne proletarische Solidarität müßten diese Frauen und Kinder elend verhungern. Sogenannte Wohlfahrtsämter und die „christliche Fürsorge“ haben für die Revolutionsopfer taube Ohren.

In der Roten Hilfe Deutschlands hat sich die deutsche Arbeiterschaft eine Organisation geschaffen, die allen Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz in mancherlei Form hilft. Seit Jahren z. B. unterhält die RHD. (in Elgersburg/Thüringen und in Worpsswede bei Bremen) zwei Kinderheime, wo die Kinder der gefangenen oder gefallenen Revolutionäre zur Erholung untergebracht werden. Auch die deutsche Bourgeoisie hat Kinderheime geschaffen, aber nur zu dem Zweck, um die Proletarierfrauen, während sie in der Fabrik ausgebeutet werden, von der Aufsicht ihrer Kinder zu befreien. In diesen Heimen sind die Arbeiterkinder unter die Obhut von Menschen gegeben, die oft, was Geistesgaben und Herzensbildung anbelangt, auf einem trostlosen Niveau stehen. Sie üben schlecht und recht den nun einmal ergriffenen „Beruf“ aus. Obendrein fehlt ihnen jedes Verständnis für die Seele des Arbeiterkindes.

In den Kinderheimen der Roten Hilfe dagegen sorgen wirkliche Weggenossen in physisch und pädagogisch einwandfreier Weise für die ihnen anvertrauten Pflöglinge. Hier fühlen sich die Kleinen wohl.

Völlig gedrückt und mitunter geistesabwesend kommen die Kinder in den Heimen der RHD. an. Das Geschehen einer Stunde — der Tod des Vaters — hat sich unauslöschlich im Bewußtsein des Arbeiterkindes eingebrannt. Es ist ergrimmt von der Mißachtung, die in der Schule und oft auch in der Mietskaserne dem Kinde fühlbar entgegentritt. Das Gefühl des dauernden Getretenseins, das die Seele zermürbt, ist bei diesen Kindern besonders ausgeprägt. Mancher Lehrer brüllt das verängstigte Arbeiterkind in echt Potsdamer Preußenmanier an. Wo bleibt da Leben und Freude für diese Kinder. Den ganzen Tag sind Mütter der Großstadtkinder in der Fabrik. Kochen, Waschen, Flickern und die Geschwister versorgen, das ist das Los der ältesten Kinder. Schon früh empfinden sie, was es heißt, Kind eines Revolutionärs zu sein.

In den Kinderheimen der RHD. gehen die Kinder sehr bald aus sich heraus. Gutes Essen, Ruhe und der Aufenthalt in frischer Luft tragen dazu bei, daß die Kinder in kurzer Zeit ein gesundes Aussehen bekommen. Gymnastische Übungen kräftigen die kranken Lungen; die Kinder freuen sich zum erstenmal ihres Körpers. Erschreckend ist die körperliche Verfassung der Kinder bei ihrer Ankunft in den Heimen. Von 100 Kindern waren nach dem bisherigen Befund: 26 lungenkrank, 19 stark unterernährt, 8 rachitisch, 26 leiden an sonstigen Gebrechen.

In Elgersburg und Worpsswede bindet fröhliches Spiel die Kinder untereinander. Die kleinen asozialen Wesen bilden bald eine soziale Gemeinschaft. Langsam fühlen sie miteinander, langsam kommt ihnen Vertrauen zu den Genossen im Heim. An Stelle der Bevormundung tritt eine Selbstverwaltung, in Ver-

ständigung mit dem Lehrer. Sinn und Blick für das Gemeinschaftsleben öffnet sich. Eine Wandzeitung, gemeinsam hergestellt, regt die geistige Tätigkeit an. Gemeinsame Arbeit in Haus und Hof lehrt sie ein Wertschätzen der Dinge und des Heims. Alle drei Tage wechseln die Kinder ihre Gruppenarbeiten. Entweder gehen sie zur Schuhputzgruppe, Bettengruppe, Küchengruppe, Einholgruppe, Hofgruppe oder Postganggruppe. Gegenseitige Kritik beseitigt Mißstände, der Weg zum selbständigen Handeln wird frei. Aus dem scheuen, gedrückten Wesen entwickelt sich ein froher lebensfreudiger Mensch, mit klarem Blick für seine Umgebung, der sich mit Stolz bewußt ist, ein Kind der revolutionären Arbeiterklasse zu sein.

Hand in Hand damit geht die hygienische Behandlung des Körpers. Die ungelenke Kinderhand lernt Zahnbürste und Seife gebrauchen. Dreimal in der Woche ist großes Badefest im Waschraum. Dieses Leben der Kinder zeitigt bald deutliche Erfolge. Der Brustumfang nimmt zu. Durchschnittliche Gewichtszunahme von 6 Pfd. ist die Regel. Die Mädchen schießen dabei meistens den Vogel ab. Mit 12, 14 und 15 Pfund Gewichtszunahme verlassen manche das Heim. Das alles sind Erfolge einer muster-gültigen, hygienisch einwandfreien Pflege und Ernährung der Kinder.

In beiden Kinderheimen waren bis zum 1. September 1927 — 15 Transporte mit rund 900 Kinder jedesmal 8—10 Wochen zur Erholung untergebracht. Die Mittel der Roten Hilfe reichen nicht aus, um vorläufig weitere Kinderheime in Deutschland zu schaffen. Es werden daher noch laufend monatlich 1000 Kinder von politischen Gefangenen oder Gefallenen durch Geldzuwendung unterstützt.

Zur Zeit befinden sich in beiden Heimen und in Privatpflege 135 Kinder von Opfern der Wiener Julikämpfe. Von den Vätern und Ernährern dieser Kinder gehören 70 der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs an, 8 sind parteilos, 3 Anarchisten und 21 sind in der Kommunistischen Partei Oesterreichs organisiert. Die Rote Hilfe unterstützt alle Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz ohne Unterschied seiner Parteizugehörigkeit.



Fotohaus F. L. Wehr, Elgersburg

Kinder Wiener Julikämpfer im R. H. Kinderheim Elgersburg

Wie mein Vater erschossen wurde

Der jüngste Insasse des „Barkenhoff“, der siebenjährige Gustav Koch aus Datteln in Westfalen. Er wurde von seinen übrigen Spielgefährten stets der „Kumpel“ genannt, weil sein Vater Bergarbeiter und unser Gustav natürlich nichts anderes als auch ein „Kumpel“ werden wollte. Den Tod seines Vaters erzählt er so:

„Mein Vater arbeitete in Schacht 1 und 2. Da grub er Kohlen aus für geringen Lohn. Da war es nicht so schön wie auf dem „Barkenhoff“. Jetzt ist mein Vater aber ganz tot. Bei einer Demonstration wurde er mit einem Säbel in die Brust gestochen. Dann ist er im Krankenhaus gestorben . . .“



Gustav Koch
7 Jahre alt

SCHLAGLICHTER DEUTSCHE KLASSENJUSTIZ!

Auch im Monat August hat es wieder einige Urteile und Verfahren in sogenannten „Zersetzungssachen“ gegeben. So erging z. B. vor dem Reichsgericht das Urteil gegen Nagel und Müller aus Magdeburg auf 1 Jahr und 6 Monate Festung und 200 M. Geldstrafe bzw. 9 Monate Festung und 100 M. Geldstrafe. Der Tatbestand dieser Prozesse ist ja immer derselbe. Auch hier handelte es sich um weiter nichts, als daß Müller einem Unteroffizier der Reichswehr ein Exemplar des „Reichswehrsoldat“, der sich für die wirtschaftlichen Interessen der Reichswehrsoldaten einsetzt, auf der Straße in die Hand gab. Dabei läßt das Reichsgericht vollkommen außer Betracht, daß — falls man solche Handlung überhaupt als Vorbereitung zum Hochverrat auffassen will — jedenfalls immer nur ein sogenannter „Versuch“ vorliegen kann, der nach den allgemeinen Regeln des Strafgesetzbuches milder zu bestrafen ist als eine vollendete Handlung. Ein Versuch ist es deshalb, weil der betr. Reichswehrsoldat Anzeige erstattet und somit eine Einwirkung der Lektüre auf ihn nicht erfolgt ist. Zu jeder „vollendeten“ Tat gehört auch der Eintritt des Erfolges. Beabsichtige ich, jemanden zu erschießen, treffe ihn aber nicht tödlich, so ist es nur Mordversuch, weil der Erfolg der Handlung nicht eintrat. So dürfte man folgerichtig eine vollendete „Zersetzungshandlung“ nur annehmen, wenn der betr. Reichswehrsoldat das Blatt entgegennahm mit der Absicht, es wirklich zu lesen. Aber darum kümmert das Reichsgericht sich nicht.

Von Magdeburg, wo der vorstehende Fall sich abspielte, gehen noch weitere Verfahren dieser Art aus. Besonders interessant ist es, daß man in Magdeburg auch den „Roten Helfer“ jetzt schon als „Zersetzungsschrift“ ansehen will. Zwei Arbeiter, die Funktionäre der Roten Hilfe sind, saßen in einem Tanzlokal zufällig am Tisch zusammen mit einem Reichswehrsoldaten. Der eine der beiden Arbeiter zeigte dem Reichswehrsoldaten die Augustnummer des „Roten Helfer“, worauf der Soldat einen Sipomann hereinholte und die Namen der Arbeiter feststellen ließ. Die Reichsanwaltschaft eröffnete ein Verfahren. Die Arbeiter wurden schon polizeilich vernommen, desgleichen der Bezirksleiter der Roten Hilfe, auf den das Verfahren wohl ausgedehnt werden soll!

Daß die Justiz in unserer Demokratie, in der alle vor dem Gesetz gleich sind, nur ein Sport für Begüterte, nicht aber ein Ge-

brauchsgegenstand für den armen Mann ist — dafür erlebt man täglich die schlagendsten Beweise. Zwei verschieden liegende Fälle aus dem August wollen wir herausgreifen: Der Gnosse Willi Wolf in Berlin wurde wegen des Leunaliedes zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. In den Urteilsgründen heißt es, daß Angeklagter unbemittelt und eine Geldstrafe dabei nicht am Platze sei. Geldstrafen sind also nur für die Reichen, denen sie nichts ausmachen. Dem Armen aber kann man ruhig die „Papiere verderben“ — denn es ist ein Unterschied, ob jemand mit Geldstrafe oder mit Gefängnis vorbestraft ist. Der zweite Fall, den wir hervorheben wollen, zeigt deutlich, daß die Geltendmachung vor Richtern trotz aller Verfassungen und Gesetze und demokratischer Gesten für den Unbemittelten nicht möglich ist. Vier Arbeiter erhielten einen Strafbefehl über zusammen zwanzig Mark, weil sie bei einer Landagitation Druckschriften ohne die nach der Gewerbeordnung erforderliche Genehmigung verkauft hatten. Nach einer neuen Entscheidung des Oberlandesgerichtes Dresden war eine strafbare Handlung gar nicht gegeben, wenn der Erlös ungekürzt an die Organisation abgeliefert wird; die Gewerbeordnung findet in solchem Falle keine Anwendung. Also legten sie selbstverständlich Einspruch ein, weil sie freigesprochen werden mußten. Nun aber standen sie vor der Frage: entweder selbst zum Termin gehen und Arbeitslohn einbüßen oder aber einen Anwalt bezahlen. Das heißt also, auf jeden Fall mehr Geld einbüßen oder ausgeben, als die ganze Strafe des Strafbefehls ausmachte. Sie bevollmächtigten also einen Parteigenossen, der bereit war, sie unentgeltlich zu vertreten. Das Gericht hat dann aber diesen Bevollmächtigten zurückgewiesen und den Einspruch wegen Nichterscheins der Angeklagten verworfen. Hiergegen schwebt jetzt die Revision, die sich aber nur mit der Frage befassen kann, ob das Gericht den Vertreter zurückweisen durfte. Geht sie schief, so haben auch noch die Arbeiter die Kosten zu tragen. Man sieht also, wie es mit der Gleichheit Aller vor dem Gesetz in einem kapitalistischen Staate bestellt ist. Sie ist eine Theorie. „Ich warne Neugierige!“



Niedners rechte Hand,
der Lockspitzel
Diener



Senatspräsident Niedner

„Nach herrschender Auffassung . . .“

Schultheißenamt Holzheim
Holzheim, den 9. September 1927
OA Göppingen, Württemberg.

An Herrn Otto Moser
Gemeinderat
Holzheim.

Es ist uns bekannt geworden, daß Sie morgen Abend im Gasthaus zur Turnhalle hier eine öffentliche Versammlung der Roten Hilfe abhalten wollen. Nach herrschender Auffassung ist die Rote Hilfe z. Zt. als eine staatsfeindliche Verbindung i. S. des § 129 R.Str. G.B. zu betrachten und können im Hinblick auf die Betätigung und Ziele dieser Organisation öffentliche Werbeveranstaltungen derselben nicht zugelassen werden. Falls die öffentliche Versammlung morgen Abend oder sonst stattfinden sollte, müßten wir dieselbe auf Grund des § 1 Abs. des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 (R.G.Bl. S. 151) polizeilich verbieten.

Stempel Schultheißenamt Holzheim
Unterschrift (unleserlich).

Frau Glaser, die Mutter des bei der Hamburger Sacco - Vanzetti - Kundgebung erschossenen Jugendlichen Louis Heinz berichtet:

Unser Junge kommt abends gegen 10,30 Uhr ganz allein nach Hause und sagt: „Mutter ich bin geschossen!“ „Warum hast Du Dich nicht gleich an die Arbeitersamariter gewandt?“ fragte ich ihn. Er sagte: „Das möchte ich nicht“. Darauf bin ich fortgelaufen, Arbeitersamariter zu suchen und sagte Ihnen, sie möchten so schnell wie möglich einen Krankenwagen beschaffen, damit der Junge nach dem Krankenhaus kommt. Dies geschah auch. Als der Krankenwagen am Zeughausmarkt war, hieß es: „Halt!“ Es wurde erwidert: „Unser Wagen ist besetzt, hier liegt einer der Unsrigen, der muß weg.“ Trotzdem mußte der Wagen halten, Sipo holte den Jungen aus dem Wagen heraus und setzte ihn halbnackt auf die Straße. (Er war nur mit Hemd und Unterhose bekleidet.) Der Chauffeur hielt ihn dann auf den Knien, ohne Decke oder sonst wie zugedeckt, mußte er so warten, bis der verwundete Sipo in den Wagen gelegt war. Darauf wurde er in die Ecke, die für den Begleiter ist, gesetzt, und nach dem Krankenhaus gefahren.

Frau Glaser,

Hamburg, Kurzestr. 31, Hths. 2 lks.

Heinz hat die Sipo-Behandlung nicht ausgehalten.
Ein Opfer mehr aus der Reihe der Freiheitskämpfer.



Louis Heinz

2. Quittung über die Sammel-Aktion der Schweizer Roten Hilfe für die Opfer der Wiener Unruhen.

Uebertrag von der ersten Quittung	466,20 Fr.
Straßenbahner Zürich, Depot Badenerstraße, 1. Rate	40,— Fr.
Proletarische Kindergemeinschaft Böschenschroth	42,— Fr.
E. Tsch. Zürich 1 auf Liste 114	36,— Fr.
R. H. Luzern, 1. Rate	16,50 Fr.
Genosse G., Zürich 4, auf 5 Listen	197,80 Fr.
R. H. Zürich (H. M.), 1. Rate	50,— Fr.
R. H. Uster-Sammlung an S. & V. Versammlung	39,50 Fr.
Proletarische Freidenker, Zürich	6,— Fr.
Neumühle-Arbeiter Zürich, 1. Rate	31,30 Fr.
Von einem Sozialdemokraten von verlorener Wette gegen einen Kommunisten	5,— Fr.
Arbeiterschwimmklub Zürich, auf Liste 113	31,50 Fr.
R. H. Bellinzona, 1. Rate	26,50 Fr.
Familie I. Zürich 7, auf Listen 125 und 126	42,— Fr.
R. H. Altdorf, 1. Rate	30,— Fr.
P. F. Zürich, auf Liste 121	22,50 Fr.
R. H. Rapperswil, 1. Rate	15,— Fr.
Total bisher abgeliefert	1097,80 Fr.

Wir danken für alle diese Spenden aufs beste und bitten auch die andern Sektionen ihre à Conto-Zahlungen zu machen, damit wir eine weitere Sendung nach Wien machen können.

Die R. H. Wien unterstützt 84 Gefangene mit je 10 Schilling pro Woche, 112 Familien der Verwundeten und Gefallenen, 19 Familien der Inhaftierten. Größere Beträge mußten für den Rechtsschutz bereitgestellt werden und 1000 Schilling fanden Verwendung für den Kindertransport nach den RH-Kinderheimen in Deutschland. Es war bisher noch nicht möglich, den Familien mehr als 10 Schilling (etwa 7 Fr.) für die Frau und je 5 Schilling (3,50 Fr.) für jedes Kind pro Woche zu geben. Mit der Steigerung der solidarischen Hilfe im Auslande können diese Ansätze erhöht werden.

Bekanntlich darf die RH. Wien selbst für die Opfer nicht sammeln, die Sammlung für die Arbeiter ist von der Gemeinde verboten, aber diejenige für die Polizisten und die zerstörte „Reichspost“ wird gestattet.

65 Prozent der von der RH. Unterstützten sind sozialdemokratisch organisiert. Das ist auch unseren sozialdemokratischen Zeitungen bekannt und trotzdem haben sie bisher weder Aufruf noch Quittung über diese Hilfsaktion veröffentlicht, was uns aber nicht hindern kann, weiterhin unsere Solidaritätspflicht zu erfüllen und alle Opfer, gleichgültig welcher Partei sie angehören, zu unterstützen.

Abschrift.
Der Oberreichsanwalt
(Bitte in der Antwort Nr. und Betreff anzugeben).
13 J 658 / 24.
141.
An
den Polizeipräsidenten, Abteilung I A,
in
Berlin O. 20,
Alexanderstraße 3-6.
Betreff: Strafsache gegen Willy Harpoldt
und Genossen wegen Vorbereitung
zum Hochverrat.
Anlage: 1. Schriftstück.
Unter Bezugnahme auf die abschriftlich anliegende
Eingabe habe ich gegen die Ausstellung eines Ausländerpaß
aus nach der Krise für den Bremer Wilhelm H u s e m a n n
unter der Voraussetzung keine Bedenken, daß er sich
schriftlich verpflichtet, nach Beendigung seiner Aus-
reise nach Deutschland zurückzukehren und im Falle der Wieder-
herstellung seiner Haftfähigkeit sich zur Verbüßung sei-
ner Reststrafe von ca. neun Monaten Gefängnis bereit zu
erkennen.
gez. Werner.
Leipzig, den 9. Juli 1927.
Der Oberreichsanwalt.
13 J 658 / 24.
141.
An
das Zentralbüro der Roten Hilfe Deutschlands
in Berlin N. W. 7,
Dorotheenstraße 77-78.
Auf die Eingabe vom 6. ds. Mts. übersende ich
vorstehende Abschrift zur Kenntnis.

Wie obiges Schreiben zeigt, erhielt der Genosse Husemann vom Oberreichsanwalt die Erlaubnis, in ein sowjetrussisches Sanatorium in die Krim zu reisen, wenn er nach Rückkehr pünktlich seine Strafe wieder antritt. Man macht sich die Dinge einfach! Erst wird die Gesundheit des proletarischen politischen Gefangenen von Grund auf erschüttert, dann gestattet man der Roten Hilfe, diese Gesundheit mit den Mitteln proletarischer Solidarität wiederherzustellen, um sie nach Rückkehr des Genossen sofort wieder mit den Mitteln brutalen Strafvollzugs zu zerstören. Die deutsche Arbeiterschaft wird diesen schändlichen Plan vereiteln.



**Rote Hilfe-Werbegruppe
in Amsterdam, Holland.**



**Eine Wandzeitung der Roten Hilfe in Zürich, Schweiz.
Auf den fast weißen Stellen befinden sich Abrechnungen,
Mitteilungen, Anfragen und Diskussion über die Organi-
sationsform. Gute propagandistische Aufmachung von
Organisationsmitteilungen.**

Weitere Sammelisten sind zu haben bei der Roten Hilfe, Zürich, Ottikerstraße 35, und Einzahlungen sind zu machen auf Postscheckkonto VIII, 15 489.

Zentralkomitee der Roten Hilfe Schweiz.

Beschlüsse der 2. Plenar-Sitzung des Zentral-Vorstandes.

Die Unterstützungen werden erhöht!

Der Zentralvorstand hat in seiner Plenarsitzung vom 29. August eine Erhöhung der Unterstützung für die politischen Gefangenen und deren Frauen beschlossen. Danach kommen ab 1. Oktober folgende Sätze zur Auszahlung:

Für die politischen Gefangenen 15,— M., für die Frauen 25,— M., für jedes Kind 10,— M.

Auch das Entlassungsgeld für die politischen Gefangenen, die über 5 Jahre inhaftiert waren, wird um 25,— M. erhöht, so daß ab 1. Oktober folgende Sätze gelten:

Für Gefangene mit einer Haft von 6 Monaten bis 1 Jahr 25,— M., für Gefangene mit einer Haft von 1 bis 3 Jahren 50,— M., für Gefangene mit einer Haft von 3 bis 5 Jahren 75,— M., für Gefangene mit einer Haft von über 5 Jahren 100,— M.

„Der Gefangenenbeirat“

Die Betreuung der politischen Gefangenen durch die Gefangenenobleute der Bezirke ist in der letzten Zeit immer besser geworden. Vieles bleibt aber noch zu tun. Der Zentralvorstand gedenkt durch die Herausgabe einer Zeitschrift für die politischen Gefangenen und Gefangenenobleute, die bisherige Arbeit bedeutend zu verbessern. Der Geschäftsführende Ausschuß des Zentralvorstandes erhielt den Auftrag, die Herausgabe der Zeitschrift vorzubereiten.

Die Rote Hilfe-Schule kommt!

Der 2. Reichskongreß hat den Zentralvorstand einstimmig beauftragt, die Möglichkeit der Errichtung einer Rote Hilfe-Schule zu prüfen. Der Zentralvorstand hat dazu Stellung genommen und beschlossen, außer der Durchführung von Funktionärkursen in den Bezirken auch noch eine Rote Hilfe-Schule zu errichten. Voraussichtlich wird die Schule im Frühjahr 1928 eröffnet. Die Funktionärskurse und die Rote Hilfe-Schule werden dazu beitragen, den Funktionärkörper der RHD. bedeutend zu verbessern. Die Rote Hilfe Deutschlands befindet sich auf der ganzen Linie im Vormarsch. Die Zahl der Mitglieder und Funktionäre wächst von Monat zu Monat. Die RHD. ist heute schon eine der größten und leistungsfähigsten Arbeiterorganisationen Deutschlands. Es gilt, jetzt alle Kräfte einzusetzen, aus jedem Roten Helfer einen befähigten Kämpfer gegen die bürgerliche Klassenjustiz und den weißen Terror zu machen.

Unterstützt die Winter-Hilfe für die Frauen und Kinder der polnischen Gefangenen!

Auch in diesem Jahre organisiert die RHD. zugunsten der Angehörigen unserer politischen Gefangenen eine Winterhilfe.

Ueber 100 Kinder von Wiener Juli-Kämpfern sind in unseren Kinderheimen oder in privater Pflege bei Roten Helfern und Sympathisierenden untergebracht. Auch sie sollen bei der Winterhilfe bedacht werden. Die Not, die ohnehin schon groß ist, auch unter den in Arbeit stehenden Werktätigen, ist noch viel größer in den Familien der hinter Kerkermauern schmachtenden Freiheitskämpfer.

Diesen Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz muß in Anbetracht des kommenden strengen Winters eine besondere Hilfe gegeben werden!! Die Bezirksvorstände der RHD. sind angewiesen, in allen Ortsgruppen Sammlungen von Kartoffeln, Kohlen, Hülsenfrüchten und warmen Kleidungsstücken vorzunehmen.

Der Bezirk Ostpreußen hat seine Winterhilfsaktion bereits gut eingeleitet. Die Wiedergabe der vom Bezirk herausgegebenen Sammelisten in Form eines Sackes zeigt, wie vorzüglich die ostpreußischen Genossen es verstanden haben, die Wiener Ereignisse richtig auszunutzen. Der Bezirksvorstand Ostpreußen der RHD. hat dem ZV. gegenüber die Garantie übernommen, etwa 200 Zentner Kartoffeln für das Kinderheim Elgersburg zu sammeln. Aber es muß auch für all die anderen Kinder von politischen Gefangenen, die nicht das Glück haben, während der Wintermonate im Kinderheim zu sein, gesorgt werden.

Darum, stärkt und unterstützt die Winterhilfe der RHD.!

Eifert dem Beispiel der ostpreußischen Genossen nach!



Clara Zetkin, die Präsidentin der I. R. H. bei ihrer Ankunft in Berlin. Sie wurde auf dem Bahnhof von einer großen Menge freudig empfangen. Die gefeierte Führerin des Proletariats war 2 Jahre lang von Deutschland abwesend.



Georg Kautz, Berlin. Verhaftet am 31. Oktober 1924. Verurteilt vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, zu 3 Jahr Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe. Bis 23. Juli im Zentral-Gefängnis Cottbus. Reststrafe erlassen.

Bücherschau

Auf viele Anfragen teilen wir mit, daß der Rote Hilfe Taschenkalender 1928 (ca. 90 Seiten, Preis voraussichtlich 50 Pfg.) Mitte Oktober erscheinen wird. Mopr-Verlag, Berlin NW 7.

Agitierst Du für die Amnestie! Dann lese: Staatsanwalt höre: Heraus mit Margies. 32 Seiten. Preis 25 Pfg. — Mühsam, Gerechtigkeit für Max Hoelz. 3. Auflage. Preis 40 Pfg. Mopr-Verlag, Berlin NW 7.

In Vorbereitung: Frolenko, Memoiren eines Revolutionärs der 70er Jahre. Das Leben eines Bolschewiki im Kampf mit Spitzel, Polizel, Kerkermeister. Vorbestellungen zu ermäßigten Preisen an Mopr-Verlag.

Wegen ungeheurer Nachfrage erschien soeben das 51.—80. Tausend (II. veränderte Ausgabe) der Broschüre „Folterkammer Amerika“. „Sieben Jahre Sacco-Vanzetti“. Preis 10 Pfg. Mopr-Verlag, Berlin NW 7.



Rote-Helfer-
Einbanddecken
Jahrgänge 1925 und 1926.
Preis pro Stück 2.— Mark.

Kartoffel-Sammlung Rote Hilfe Ost

An alle Mitglieder!
Arbeitet!
Für 100 Kinder der Wiener Juli-Kämpfer sind in den Familien der Roten Hilfe Winterhilfs-
Sacke
An alle Parteigenossen!
Helfen!
Mit eu. goldenen Wurzeln der Freiheit!
Sammelt!



Eine originelle Sammeliste, die der Bezirk Ostpreußen benutzt.

Organisationsbericht für das II. Quartal 1927

Bezirke	Die Ortsgruppen umfassen Arbeitsgruppen u. Zellen in:				Registrierte Einzelmitglieder			Kollektiv-Mitgliedschaften		Parteizugehörigkeit der Einzelmitglieder				Funktionäre sind vorhanden in:				Übersicht über Versammlungstätigkeit											
	Ortsgruppen	Betriebe	Gewerkschaften	Vereinen	Wohnbezirke	Männer	Frauen	Zusammen	Kollektiv	Anhänger der Kollektivmitglieder	Mitglieder insgesamt	KPD	SPD	Bürgerliche	Parteilose	Betriebe	Gewerkschaft	Vereinen	Wohnbezirke	insgesamt	Bezirksvorstand-Bezirksausschüß-Ortsvorstandslz.	Funktionäre	Mitglieder	Kollektivmitglied.	Oeffentliche	Konferenzen	Kundgebungen	Demonstrationen	
Berlin-Brandenburg	119	101	7	29	201	23 406	10 552	33 958	44	44 357	78 315	13 012	202	111	20 633	338	35	68	1168	1609	223	295	317	16	61	1	95		
Pommern	41	6	8	7	66	2 145	319	2 464	10	4 072	6 536	1 255	12	1	1 196	11	22	14	167	214	64	54	68	19	15	1	5		
Königsberg (Ostpr.)	47	12	15	9	203	3 210	566	3 776	18	3 865	7 641	1 855	14	2	1 905	12	15	9	203	239	75	22	32		7	1	3		
Danzig	25		2		85	991	264	1 255	2	1 90	1 445	756	7		492		2		85	87	5	4	9		7		2		
Oberschlesien	23	6			23	1 272	206	1 478	4	308	1 786	669	14	1	794	15	6	3	58	82	1	14	16				1		
Schlesien	65	20	2	1	71	3 885	1 048	4 933	4	3 142	8 075	1 913	91	3	2 926	29	13	4	149	195	19	22	17		2				
Östachsen	96	36		8	149	4 145	752	4 897	8	9 177	14 074	3 157	40	6	1 694	68	11	9	325	413	47	76	79	1	7	1	13		
Erzgebirge-Vogtl.	181	23	4	369	11 635	2 397	14 032	12	2 434	16 466	9 423	124	46	4 439	62	11	23	841	937	141	178	176		17	16	2	U.B.K.		
Westsachsen	86	69	8		46	7 601	1 777	9 378	10	1 340	10 718	6 243	94	8	3 033	61	4	3	291	359									
Halle-Merseburg	110	2	4	86	110	7 905	1 733	9 638	68	6 260	15 898	5 739	91	27	3 781	65	55	106	136	362	92	108	112				3		
Magdeburg	48				255	3 138	978	4 116	5	1 305	5 421	1 814	52	39	2 211	1	3	6	255	265	50	44	55	2	4	1	4		
Thüringen	96	9	2		116	5 493	11 61	6 654	93	12 794	19 448	4 121	68	34	2 431	76	38	30	241	385	46	36	28		12	1	2		
Niedersachsen	62		9		88	2 547	830	3 377	9	3 374	6 751	1 414	132	49	1 782	29	9	15	163	216	54	78	41		24		17		
Mecklenburg	18	1			18	1 286	310	1 596	4	610	2 206	1 170	10		416	10	19	4	41	74	10		9				7		
Wasserkante	93	25			112	12 238	2 210	14 448	5	9 226	23 674	11 203	138	7	3 100	43	5	559	607	26	42	63	3		7	1	2		
Nordwest	29	8	5	2	44		3 132	4	275	3 407	2 041	54		1 037	19	10	14	116	159	49	49	32		22	1	2			
Ruhrgebiet	101	11	2	5	345	12 227	3 024	15 251	22	26 391	41 642	6 661	109	26	8 455	30	10	9	728	777	65	129	190	1	3	1	12		
Niederrhein	94	9		6	198	10 419	2 548	12 967	34	4 228	17 195	5 568	84	47	7 268	30	2	6	685	723	57	66	47		9		11		
Mittelrhein	78	25		1	177	6 170	15 30	7 700	5	5 279	12 979	3 270	85	74	4 271	38	4	3	475	520	89	151	126		32	1	5		
Hessen-Waldeck	13				29	575	186	761	3	3 300	1 091	428	20	2	311				29	29	3	5	5		2		1		
Hessen-Frankfurt	78				78	2 929	377	3 306	21	2 610	5 916	2 149	72	15	1 070	9	2	22	104	137	15	11	38		29		2		
Rhein-Saar																													
Baden	59				59	3 685	490	4 175	9	649	4 824	1 669	85	36	2 385	9	6	24	119	158	29	29	25		18				
Württemberg	42	19		1	140	2 457	254	2 711	20	10 971	13 682	1 840	17	7	847	40	10	15	170	235	3								
Nordbavarn	102	20			190	4 807	1 213	6 020	15	2 012	8 032	2 795	192	14	3 019	30	10	15	340	395	209	196	200		10	1	1		
Südbavarn									1	200000	200 000																		
Zentral-Vorstand																													
Summa:	1706	402	55	170	3172	134 166	34 725	172 023	430	355 199	527 222	90 165	1807	555	79 496	1025	297	407	7448	9177	1 372	1609	1685	42	286	29	190		

Einnahmen und Leistungen der RHD. im II. Quartal 1927

Bezirke	Einnahmen der RHD. im II. Quartal 1927								Leistungen der RHD. im II. Quartal 1927										
	Eintrittsgelder	Beitragsmarken	Kollektivbeiträge	Sammellisten	Sonstige Sammlungen	Gehalts-, Verlags-, Abführungen	Literaturverkauf	Zeitung	Summe der Einnahmen	Familien-Ökonomie-Unterstützung	Notstands-Unterstützung Rechtsschutz	Entlassungsgelder	Propaganda	Für Literatur und Zeitungen	Summe der Leistungen	Abführungen f. Rechtsschutz usw.	Zuschüsse vom Zentral-Vorstand		
Berlin-Brandenburg	283.40	20 134.—	472.65	876.95	11 511.68	3 315.15	812.82	4 780.34	42 186.99	11 414.47	1 324.15	375.—	1 062.92	4 022.—	18 198.54	27 001.52			
Pommern	22.10	1 305.40	87.25	6.90	787.22	212.50	188.74	311.65	2 921.76	1 143.85	124.—		380.86	100.—	1 754.65	350.—			
Ostpreußen	33.40	2 537.—	187.80	139.30	1 457.20	885.23	147.61	845.23	6 232.77	2 386.42	80.20	815.—	292.36	285.—	3 818.98	32.55	500.—		
Danzig	10.32	303.84	9.60		60.12	86.08	42.24	97.84	610.04	40.—			74.48	9.64	124.12	296.72			
Oberschlesien	22.40	613.40	27.35	20.25	767.05	25.—	63.90	198.37	1 737.72	610.11	28.—		76.—	200.—	914.11	500.—			
Schlesien	28.40	2 144.60	9.50	12.53	957.95	410.50	374.19	488.81	4 426.48	925.—	35.—		274.52	569.07	1 803.59	1 355.—			
Ostachsen	40.40	3 834.65	87.—	234.03	2 007.01	445.99	331.58	480.—	7 460.66	1 500.30	235.—	25.—	764.71	380.10	2 905.11	2 917.50			
Erzgebirge-Vogtl.	65.90	10 188.70	116.30	1 030.10	2 565.67	2 840.25	371.23	599.67	17 775.82	3 093.92	111.—	150.—	1 360.60	1 105.18	5 820.70	10 109.10			
Westsachsen	47.10	6 972.50	57.25	152.93	3 479.90	567.50	400.25	758.69	12 436.12	2 681.50	233.95		280.20	431.90	3 627.55	4 400.30			
Halle-Merseburg	18.—	4 228.70	548.60	16.50	2 781.51	486.50	118.42	553.20	8 751.43	4 731.59	117.5 0	180.—	172.18		5 201.27	2 656.35			
Magdeburg	61.90	2 184.40	22.—	42.95	1 469.14	435.—	357.30	591.40	5 164.9	1 857.90	210.—	25.—	828.14	250.—	3 171.04	360.—			
Thüringen	43.20	3 051.90	654.50	350.40	4 111.14	1 722.05	630.09	477.10	11 040.38	2 777.50	161.—	102.—	496.25	825.62	4 362.47	4 970.60			
Niedersachsen	16.30	1 754.20	78.70		1 028.36	557.55	258.27	487.90	4 182.28	1 272.40	107.—	50.—	204.35	500.—	2 133.75	1 050.—			
Mecklenburg	3.70	567.60	12.—	2.92	336.81		34.70	34.94	992.67	612.50	62.20		118.58	17.14	810.42		100.—		
Wasserkante	65.70	8 273.40	112.—	149.08	6 208.27	945.60	453.40	889.17	17 096.62	4 216.97	147.55	85.—	1 228.44	716.40	6 394.36	8 308.80			
Nordwest	25.—	2 050.60	100.75		710.15	312.50	149.74	356.63	3 705.37	770.—	100.—	30.—	129.45	250.—	1 279.45	1 500.—			
Ruhrgebiet	128.30	7 322.30	833.80	294.—	5 521.06	1 719.50	545.36	1 517.28	17 881.60	8 454.25	253.10	225.—	1 035.44	321.90	10 289.69	3 511.80			
Niederrhein	131.50	10 098.30	600.75	331.78	3 896.20	2 433.15	597.27	1 080.10	19 167.05	6 100.65	932.26	275.—	1 143.11	1 400.—	9 851.02	5 410.—			
Mittelrhein	55.10	5 406.—	30.—	343.92	1 995.64	419.50	264.72	843.45	9 358.33	1 679.15	312.—		692.75	683.39	3 367.29	2 875.—			
Hessen-Waldeck	3.80	137.40		1.—	96.13	5.—	19.25	78.96	341.54	170.—			68.22	6.12	244.34		150.—		
Hessen-Frankfurt	36.10	2 855.80	244.—	23.25	1 652.85	503.75	208.88	587.25	6 111.88	1 370.—	95.87	125.—	372.22	1 654.80	3 617.89	304.90			
Baden	20.10	3 693.90	71.50	247.50	628.35	1 018.95	108.49	677.97	6 466.76	3 041.80	402.45	185.—	719.62	377.10	4 725.97	270.—	300.—		
Württemberg	9.10	2 395.50	217.60	448.30	1 457.11	1 003.20	216.96												

Von unserer Rote Hilfe Korrespondenten.

Berlin-Brandenburg.

Der Bezirk Brandenburg hat es sehr gut verstanden, die Antikriegsdemonstrationen, die an den ersten Augusttagen in den Ortsgruppen unter großer Beteiligung der Arbeiterschaft stattfanden, sowie die gewaltige Kundgebung am 4. August im Lustgarten, an der sich ca. 120 000 Arbeiter beteiligten, mit der Forderung zur Freilassung von Sacco und Vanzetti zu verbinden. Ein Propagandawagen der Ortsgruppe Berlin 5 mit einem elektrischen Stuhl, 2 Mann in Gefangenekleidung, einem Staatsanwalt und Richter, wurde von der Polizei beschlagnahmt, die Genossen verhaftet. Am 19. August fanden zwei überfüllte Kundgebungen von Vertretern der Betriebe, Gewerkschaften und Vereine im ehemaligen Herrenhaus und in den Sophienböden statt. Nach Schluß der Kundgebung im Herrenhaus kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Gegend in der Nähe der amerikanischen Botschaft war stark mit Polizei belegt, niemand durfte stehen bleiben, ohne mit dem Gummiknüppel nahe Bekanntheit zu machen. Nach der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti fand am 24. August im Lustgarten eine Gedächtniskundgebung statt. Nach dem Trauermarsch und den Ansprachen, in denen darauf hingewiesen wurde, daß Deutschlands Justiz der amerikanischen in Schärfe der Klassenurteile in nichts nachsteht, erscholl immer wieder der Ruf nach Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen.



Weber, Königswinter

Karl Brauer,
Aachen

Am Reichsarbeiterportag im Grunewald Stadion gab es nach der ersten Halbzeit des Fußballstadtkampfs eine Solidaritätskundgebung für Sacco und Vanzetti. Ebenso eifrig wie für Sacco und Vanzetti waren die Betriebsbelegschaften bei den Sammlungen für die Wiener Opfer beteiligt. Insgesamt sind vom Bezirk Berlin-Brandenburg bis z. Zt. dieses Berichtes 12 000 M. für die Wiener Opfer gesammelt und der Wiener Roten Hilfe übermitteln worden. Ueber 100 Kinder der Wiener Opfer kamen nach Berlin zu Pflegeeltern der Roten Hilfe und es war erfreulich zu sehen, mit welcher Sympathie die angekommenen Wiener Kinder von der Bevölkerung empfangen wurden. Zwei Gartenveranstaltungen hatten guten Besuch und erfreulichen finanziellen Erfolg. Mit den Kindern wurden öfter Ausflüge gemacht und Einladungen von Laubenkolonien Folge geleistet, die die Kinder den Tag über verpflegten und mit Spielen im Freien vergnügten.

Bei der Propaganda-Demonstration der freien Gewerkschaften in Treptow am 28. August sah man viele Transparente mit der Forderung: Freilassung der proletarisch-politischen Gefangenen!

Pommern. Genosse Paul Kobs, Bublitz, kassierte im Dezember 1926 Mitgliedsbeiträge, er wurde dabei von einem Polizisten angehalten. Im Verlaufe des Gesprächs erklärte Genosse Kobs, daß er auch zum Sammeln berechtigt wäre und zeigte dabei den vom Kuratorium für Kinderheime zur Weihnachtssammlung ausgestellten Ausweis vor. Er erhielt darauf eine Anklage wegen verbotenen Sammelns, wurde aber am 13. 5. vom Amtsgericht in Bublitz freigesprochen. Gegen dieses Urteil legte der Amtsanwalt beim Landgericht in Köslin Berufung ein. In der Berufungsverhandlung am 9. 8. wurde Kobs wiederum freigesprochen. Nunmehr hat der Oberstaatsanwalt Revision gegen diesen Freispruch angemeldet.

Hier zeigt sich deutlich, daß man einer Kleinigkeit wegen einen Proleten verfolgt, um ihm die Arbeit für unsere Organisation zu verleiern.

Selbstverständlich hat die Zähigkeit, mit der die Justiz Straffälle zu konstruieren versucht, besonderen Zweck. Das Ziel ist die Rote Hilfe selbst. Sie möchte man treffen, ihr die Existenz untergraben, für sie einen Galgen errichten. Warum? Weil die R. H. eine proletarische Organisation ist, die den Opfern des Klassenkampfes proletarische Solidarität bekundet.

Mittelrhein. Zum Bahnhof strömten Massen, am Rheinufer standen sie in Reihen. Stundenlang. Sie erwarteten zwei Klassenkämpfer, die jahrelang im Gefängnis gesessen hatten. Der Genosse Brauer aus Aachen, der 2½ Jahre verbüßte und der Genosse Weber, Königswinter, der ebenfalls eine 2½-jährige Gefängnisstrafe abgesessen hatte. Der eine wegen Hochverrats, der andere aus Anlaß des Separatismusprozesses. Nun sollten sie zurückkehren. Der Zug hatte Verspätung. Aber die Freunde und Sympathisierenden waren standhaft. Und als die Ersehnten endlich unter sie traten, da war des Jubelns und Begrüßens schier kein Ende. Hier bekundete sich proletarische Solidarität.

Protestunterschriften gegen den Justizmord an Sacco und Vanzetti wurden von Roten Helfern im August 90 000 gesammelt. Eine Trauerkundgebung aus Anlaß der Hinrichtung brachte wiederum Massen auf die Beine. Das Sacco- und Vanzetti-Komitee beschloß, seine Tätigkeit fortzusetzen, und zwar für die Befreiung politischer Gefangener ganz allgemein.

Niederrhein. Im Mittelpunkt unserer Tätigkeit standen die Wiener und die Sacco- und Vanzetti-Kampagne. In Düsseldorf fand eine Kundgebung statt, in der die Sekretärin der Österr. Roter Hilfe, Gen. Schorr, über die Julikämpfe sprach. Das finanzielle Resultat auf den Sammelisten für die Wiener Opfer war besser, als die finanziellen Ergebnisse der Klara-Zetkin-Woche. Die Bewegung für Sacco und Vanzetti war eine der stärksten aller Kampagnen der Vergangenheit in unserem Bezirk. Wir führten dieselbe in Verbindung mit der Antikriegsarbeit durch. Auf allen Versammlungen und Kundgebungen gegen den imperialistischen Krieg wurde zum Fall Sacco und Vanzetti, gegen die internationale Klassenjustiz Protest-Resolutionen angenommen. Steigender Einfluß der Roten Hilfe unter den Werktätigen im allgemeinen und dem Kleinbürgertum im besonderen ist festzustellen.

Württemberg. Ein Sangesgruß unseren politischen Gefangenen. Die Strafanstalt Ludwigsburg mit rund 700 Zuchthaus-Sträflingen, besitzt auf dem hohen Asperg eine Zweiganstalt für kranke Sträflinge und für politische Gefangene. Eine Anzahl Stuttgarter Kommunisten, die Zuchthausstrafen von 3-9 Jahren absolvieren sollen, sind zur Zeit oben. Als Politische haben sie täglich 2 Stunden Hofgang. Eine meterhohe Mauer verwehrt ihnen jeden Ausblick in die herrliche Umgebung. Am Sonntag, den 21. August, hatten unsere Genossen kaum ihren Hofgang angetreten, als hinter den Wallgraben ein bekannter Pfiff ertönte. Er kündet die Ankunft einer Anzahl Stuttgarter Genossinnen und Genossen, die einer Gesangsgruppe angehören und den eingekerkerten Kameraden einen Besuch abstatten. Bald schallen die ersten Lieder über die grauen Mauern den Inhaftierten zum Gruß. Einer stieg auf des anderen Achsel, um alle nacheinander die bekannten Genossen begrüßen zu können. Freude glänzt auf ihren blassen Gesichtern, eine rote Fahne grübt von der Gefängnishofmauer zu uns herab. Immer wieder ertönt ein Lied und findet freudigen Anklang. „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ wird im Hofe angestimmt. Wir fallen kräftig mit ein und singen das Lied des Rotgardisten gemeinsam zu Ende. „Es lebe die Internationale!“ schallt es uns entgegen, und „Trotz alledem!“ Unsere Genossen lassen sich nicht klein kriegen, sie glauben an den Sieg der roten Fahne. — Die Hofzeit geht zu Ende. Ein letztes Winken und die Freunde entschwinden unseren Augen: sie müssen in die einsamen Zellen. Noch jahrelang sollen sie fern von Weib und Kind in der Verbannung leben. Wir wollen mithelfen an ihrer Befreiung, darum rufen wir allen

zu: Stärkt die Reihen der Roten Hilfe! Kämpft für Amnestie der proletarischen politischen Gefangenen!

Die Arbeit der Roten Hilfe macht Fortschritte. Auf der einen Seite war es der Prozeß gegen die 13 tapferen Klassenkämpfer vor dem Niedersenat, der die Augen der Werktätigen auf das proletarische Solidaritätswerk der R. H. lenkte. Auf der anderen Seite löste der gemeine Mord an Sacco und Vanzetti gewaltige Energien aus. So fanden am Abend vor dem Mord zwei Massenkundgebungen statt. Am Tage nach der Ermordung demonstrierten Tausende auf dem Wilhelmsplatz in Stuttgart. Trotz des strömenden Regens marschierten die Stuttgarter Arbeiter zwei Stunden lang im flammenden Fackelschein durch die nächtlichen Straßen. Die Sacco-Vanzetti-Broschüre fand reißenden Absatz. In zwei Tagen war die für den ganzen Bezirk bestimmte Auflage in Stuttgart allein abgesetzt, es hätten gut 3000 Stück mehr vertrieben werden können.

Ein weiterer bedeutender Erfolg war der 13. Internationale Jugendtag für das Werk der R. H. Eine sorgfältig vorbereitete Ausstellung gab ein anschauliches Bild aus der R.H.-Arbeit und fand guten Anklang. An einem



Eine Berliner Literatur-Kolonie, die mit diesem Propaganda-Wagen durch die Straßen zieht und den „Roten Helfer“ verkauft. Von den letzten 3 Nummern wurden je 15000 Exemplare verkauft! Nachahmung erwünscht.

Tag wurden 1000 Rote Helfer abgesetzt. In Cannstatt allein wurden 500 Stück verkauft. Ebenfalls in Cannstatt konnten in 3 Wochen 90 Neuauflagen, darunter 80 Prozent parteilose Arbeiter, gemacht werden. Die beim Jugendtag durchgeführte Geldsammlung brachte ebenfalls eine gute Summe, so daß rückblickend gesagt werden kann, daß die württembergische Arbeiterschaft in steigendem Maße Anteil nimmt an der Solidaritätsaktion der Roten Hilfe.

Hessen-Waldeck. Am 21. August war Roter Tag in Cassel. Diese Veranstaltung wurde von der Roten Hilfe propagandistisch ausgenutzt. Der Broschürenverkauf zeigte gute Resultate. Durch gesteuerten Literaturverkauf (über 100 Prozent gegen den Vormonat) wurden größere Massen für die Rote Hilfe und ihre Aufgaben interessiert. Im kommenden Monat gilt es nun, diese Massen für die R.H.-Arbeit zu gewinnen.

Die Sacco-Vanzetti-Bewegung hat den Kreis der Sympathisierenden bedeutend erweitert und den Boden für die Rote Hilfe gut aufgelockert. Die nächsten Monate werden uns tüchtig vorwärts bringen.

Zuchthausbriefe von Max Hoelz.

Im bürgerlichen Verlag Erich Reiß ist eben ein gut ausgestattetes Buch erschienen, das Briefe von Max Hoelz aus Moabit und aus den Zuchthäusern Breslau, Münster und Groß-Strehlitz enthält. Der furchtbare Jammer der Haft an sich, verschärft durch Unverständnis und Brutalität vieler Vollzugsorgane, geht aus diesen Briefen sinnfällig hervor, ebenso der geistige Hunger des bewußten Klassenkämpfers und das soziale Empfinden der Menschen, die man dem Tode durch das Zuchthaus überantwortet. Der bürgerliche Leser wird dem Buche entnehmen können, welche Ideenkraft und welcher Gefühlsreichtum in den politischen Gefangenen wohnt und wird den Kopf schütteln über das „Fehlurteil“, während der proletarische Leser sehr wohl begreift, warum die Klassenjustiz in Racheurteilen und Unschädlichmachungen wütet.

Den Briefen von Max Hoelz hat Egon Erwin Kisch ein Nachwort beigelegt, in welchem er die Marter der Lebenslänglichkeit, die juristische Unstichhaltigkeit des Urteils und die energische und klassenbewußte Person von Max Hoelz in außeitschender Sachlichkeit darlegt.



Sacco-Vanzetti-Kundgebung in Dortmund am 10. August.



R. H.-Kinderfest auf der Kolonie „Grönland“, Berlin.



Der kleine Schalmeienbläser auf dem rechten Flügel, 13 Jahre alt, in M.-Gladbach, hat in der Clara Zetkin-Woche an einem Tage 5 Mitglieder für die R. H. gewonnen, kassiert in jeder Woche 28 R. H.-Mitglieder.



Auf einer Liste in Naumburg wurden 289,30 Mk. gesammelt.



Kinder im R.-H.-Heim Elgersburg.



Max Hölz-Kundgebung beim Gewerkschaftstag in Berlin



Wirksame Reklame



Empfang des zweiten Transportes Wiener Kinder in Berlin am 19. August.



Auffälliges Plakat